

- Kommunalpolitik
 - Universität Bozen
- Gewerkschaften
 - Literatur und Kunst
- SH-Nachrichten
 - Fragebogen an die
SKOLAST-LESER

skolast

nummer 3

der fahrende skolast - zeitschrift der südtiroler hochschüler - november 1974 - 19. jahrgang

ANSCHRIFTEN DER MITARBEITER

Martin Abram
39100 Bozen, Fagenstraße 19
Florian Fiedler
50100 Florenz, Borgo Allegri 21
Werner Frick
39100 Bozen, Guntschnastraße 17
Dr. Alfons Gruber
39100 Bozen, Penegalstraße 21/14
Reinhold Huber
39011 Lana, Wiesenweg 4
Florian Kronbichler
39031 Reischach, Reiperung 23
Sepp Kusstatscher
39040 Villanders, „Landheim“
Elmar Locher
39050 St. Pauls, Missianer Straße 5
Rita Mair
39100 Bozen, Münzbankweg 19/2
Siegfried Nitz
39100 Bozen, Koestnweg 26
Paolo Pagliaro
39100 Bozen, Oswaldleiten 7
Josef Perkmann
39011 Lana, Treibgasse 2
Dr. Rainer Seberich
39050 Völs am Schlern, St. Anton 49
Werner Unterhauser
39054 Klobenstein, „Sonnenheim“
Elmar Waibl
1050 Wien, Arbeiter Gasse 42/6/15

INHALT

1	Der Fortschritt beginnt in den Gemeinden	Siegfried Nitz
3	Der Dorfmonarch existiert nicht mehr	Dr. Alfons Gruber
4	Arbeiter müssen Vertretung ihrer Interessen selbst übernehmen	Reinhold Huber
5	Jenny und die Extremisten	Florian Fiedler
6	Kinder und Stadt	Rita Mair
7	Einheitsbestrebungen der Gewerkschaften in Südtirol	Josef Perkmann
8	Leserbrief — Schülerrat: Eine Totgeburt?	Werner Frick
9	Buchbesprechung: „s maul auf der erd“	Martin Abram
10	Mit Hundertwasser ins Friedensreich?	Elmar Waibl
11	Der „SKOLAST“ an seine Leser	
13	Bericht über die 17. SH-Studentagung	Sepp Kusstatscher
17	Einige kritische Anmerkungen zur Studentagung	Elmar Locher
19	Interessenanalyse	Dr. Rainer Seberich
20	Oltre il „modello„	Paolo Pagliaro
21	Randglosse in Richtung „X.“	ni-X.
21	Beitrag zu einer Diskussion über den bürgerlichen Staat	Werner Unterhauser
24	Was ist 1973/74 passiert?	Sepp Kusstatscher
25	Tätigkeitsprogramm des Vorstandes für das Geschäftsjahr 1974/75	Florian Kronbichler
27	Promotionen	

Kommunalpolitik

Der Fortschritt beginnt in den Gemeinden

Eine Frage nach den Inhalten und Zielen der Kommunalpolitik ist eine Frage nach der Verwirklichung von Demokratie. Daher ist den Mächtigen daran gelegen, Gemeindevahlen zu rein administrativen, unpolitischen „Verwaltungswahlen“ herunterzuspielen und abzuwerten. Bei der arbeitenden Bevölkerung soll weiterhin der Eindruck fortauern, Kommunalpolitik sei Sache von Paragraphen, die man den „Fachleuten“ zu überlassen habe.

So wird Bildung und Informationsvorsprung einiger weniger zur kalthütigen Machtausübung und zur Ausbeutung der arbeitenden Bevölkerung. Die Gemeinde ist der Lebensraum einer Gemeinschaft, nicht ein Gabenteller für ewige Profitheilige.

Der Bürger und die Gemeinde

Gehen wir einmal davon aus, daß wir uns der Situation klar werden. Theoretisch bietet die Gemeinde als die kleinste Zelle gesellschaftlicher Entscheidungen die natürlichen Voraussetzungen für eine demokratische Mitbestimmung und Mitverantwortung aller Bürger; deshalb, weil das, worüber entschieden werden soll, für den einzelnen noch begreifbar und überschaubar ist. Auch historisch gesehen liegt das revolutionäre Element der ersten „comuni“ in der kommunalen Selbstverwaltung.

Die Gemeinde, als Gemeinschaft verstanden, hat schon von ihrem Begriff her die Aufgabe, sich vor allem jener Mitglieder dieser Gemeinschaft anzunehmen, die in sozialer Not leben und daher den Schutz der Gemeinschaft besonders nötig haben, um nicht Bürger zweiter Klasse zu bleiben.

Die Praxis aber zeigt uns ein völlig anderes, ein brutales Gesicht. Aus dem kapitalstarken Bürgertum des 19. Jahrhunderts hervorgegangen, haben sich einzelne Bürgerfamilien durch den Erwerb von Grund und Boden, durch das Privateigentum an Produktionsmitteln wirtschaftliche Machtpositionen errungen, die sie heute den sozial unterprivilegierten Schichten gegenüber kalthütig ausnützen. Sie sind am meisten daran interessiert, in den Gemeindeverwaltungen zu sitzen, um ihre Privilegien abzusichern, begünstigt durch einen Informations- und Bildungsvorsprung, den sich zu erarbeiten die arbeitende Bevölkerung in wesentlich geringerer Maße die finanziellen Mittel und die kulturellen Voraussetzungen hat. Sie, die Rechtsanwälte und Architekten, die Großbauern und Hoteliers, die Fabrikbesitzer und Wirtschaftsfachleute schneiden die Ge-

meindepolitik zu ihren Gunsten und übersetzen ihr Wissen in Macht über den kleinen Mann. Kommunalpolitik ist dabei nicht Parteinahme für die benachteiligte Schicht der Bevölkerung, sondern vor allem Interessenvertretung der Wirtschaft, deren von allen erarbeiteter Mehrwert in der Hand einiger weniger sich konzentriert.

Übrig bleiben auf der anderen Seite die Arbeiter in den Industrien und in der Landwirtschaft, die Arbeiter im Fernverkehr, die kleinen Angestellten in der Wirtschaft und im öffentlichen Dienst, die ihre Grundbedürfnisse nach Sicherung der Löhne, nach Kranken- und Altersversorgung, nach Ausbildungsmöglichkeiten für sich und ihre Kinder nicht erfüllt sehen, weil sie selbst im Gemeinderat nur ungenügend vertreten sind. Die Mehrheit der Gemeindebürger, die arbeitende und benachteiligte Bevölkerung, ist in den Gemeinderäten zumeist die Minderheit. Sie kann nicht erwarten, daß eine Lösung ihrer Brot-, Arbeits- und Bildungsprobleme von jenen angesprochen wird, die, obwohl als Vertreter aller Bürger „demokratisch“ gewählt, den Privateigenschaften vor den Bedürfnissen der Gemeinschaft den Vorrang geben und ihren Vertretungsauftrag mißbrauchen, indem sie dafür Sorge tragen, daß die Reichen noch reicher werden; die weitere Verarmung der Armen ist nur ein ungünstiger, unvermeidlicher Nebeneffekt.

Daran wird nichts geändert, hoffen die einen, daran kann „man“ nichts ändern, c'est la vie, meinen resigniert die anderen. Kapital, also wirtschaftliche Macht, ist auch politische. Die Mehrheit der sozial und wirtschaftlich unterprivilegierten ist dem Spiel, dem Aufeinanderabstimmen der unterschiedlichen Kapitalinteressen ohnmächtig ausgeliefert. Sie ist zum passiven Zuschauer geworden und hat ihre Rolle akzeptiert.

Die Ohnmacht der Mehrheit

„Die da oben machen doch, was sie wollen“ — so äußert sich das tiefe Mißtrauen gegen die Gemeindeverwaltungen. Ihre Aufgaben und Tätigkeiten entwickeln sich im Gegensatz zu dem objektiven Interesse des einzelnen Bürgers: er kann auf Entscheidungen, die ihn selbst betreffen, nicht mehr Einfluß nehmen. Die grundlegende Frage heißt: warum wehren sich die benachteiligten Bürger nicht, warum geliegt es ihnen trotz der Mängel und Mißstände in den Gemeinden nicht, sich zur Durchsetzung ihrer kollektiven Interessen zu organisieren oder die poli-

tischen Entscheidungsgremien auf ihre Interessen, die im Widerspruch zum kapitalistischen System stehen, festzulegen?

Die lohnabhängige Bevölkerung in den Gemeinden hat nicht das Bewußtsein der Zugehörigkeit zu einer Klasse, deren unge löste Probleme zum Großteil gemeinsame sind, die die einzelnen miteinander verbinden. Jeder einzelne aber spürt sein Problem für sich allein, für sich allein glaubt er es lösen zu können, weil er sich in der Gemeinschaft nicht erkennt und die Lösung der Gemeinschaftsprobleme den politischen Willen der Verwaltung voraussetzt und bedeutet, daß die Kapitalstarken auf Privilegien, d. h. auf die alleinige Machtausübung verzichten müssen. Daher sind die Schubladen voll von fortschrittlichen sozialen und wirtschaftlichen Gesamtlösungsvorschlägen, von Bildungsreformen etc., für die „die Zeit noch nicht gekommen“ ist. Daher gibt es private Tennisplätze in Fülle und immer zuwenig öffentliche Schwimmbäder, die man gar noch für die ortsansässige Bevölkerung sperren will; daher gibt es Minigolfs, die Profit bringen, aber keine Kinderspielflächen für die, die keinen Blumengarten vor dem Haus haben und ihre Kindheit hinter Balkongittern, Häusermauern und auf Müllablagplätzen absitzen.

„Mein Blick ist vom Vorübergehen der Straße so müd geworden...“. Warum steht denn immer zuwenig Grund und Geld zur Verfügung für den Bau von Schulen, für die Beschaffung von Lehrmitteln und kostenlosen Schulbüchern, für Kindergärten, Jugendbeiräte und Freizeitzentren, warum ist aber immer Platz genug da für großangelegte Reitschulen, für Parkplätze und Luxushotels? Der einzelne kann dagegen nicht aufkommen.

Es entspricht der kapitalistischen Logik, daß sie durch ihre Art der Konsumsteuerung gerade diese Vereinzelung des Menschen fördert. Die Kontrolle über ihn und die arbeitende Bevölkerung fällt dadurch leichter. Wenn auch z. B. durch die Wohnungsknappheit und die mörderischen Mieten in der Stadt Bozen die gemeinsamen Bedürfnisse der Arbeiter aller Kategorien im Wohnbereich stark anwachsen und grundsätzlich eine Organisation der Interessen der arbeitenden Bevölkerung möglich wäre, kommt sie nicht zustande. Der Wohnungs- und Städtebau unterstützt die Isolierung des Menschen trotz großer Wohndichte. Oft kennen wir nicht einmal unseren Nachbar auf derselben Etage. In den Dörfern hat die Vereinzelung ein anderes Gesicht. Dort ist es vor allem die Konsumze-

manipulation, die dem Bürger suggeriert, im Einkauf und im Zeigen des Gekauften stecke ein gut Teil Selbstverwirklichung. In dieser Situation wird es der Gemeinschaft der Arbeiter, Angestellten und Beamten schwer gemacht, sich ihrer Gemeinsamkeit bewußt zu werden. Eine entschlossene Vertretung ihrer kollektiven Interessen ist kaum möglich, weil Sozialisation unmöglich ist. Der einzelne und die Öffentlichkeit ist entpolitisiert. Ihre Beteiligung an der Kommunalpolitik deshalb gering.

Der Gemeinderat, das kommunale Parlament

Schon die Tatsache, daß die personelle Zusammensetzung der kommunalen Parlamente nicht die prozentualen Anteile der sozialen Schichten an der Gesamtgemeinschaft einer Gemeinde widerspiegelt, sondern zumeist geradezu um umgekehrten Verhältnis dazu steht, heißt, daß die Voraussetzungen für eine echte kommunale Demokratie schon deshalb nicht gegeben sind.

Dazu kommt, daß kommunale Entscheidungen oft weitgehend von Landesgesetzen abhängig sind, die es den Gemeindeparlamenten erschweren, einzelne Probleme in genügender Weise vom Gesichtspunkt der örtlichen Gegebenheiten her zu berücksichtigen und zu lösen. Sie haben oft Beschlüsse zu fassen über Vorlagen, die auch inhaltlich durch Gesetze vorgeprägt sind. Solche Vorlagen werden im Gemeinderat nicht mehr inhaltlich diskutiert, sondern es wird darüber nur mehr formal abgestimmt. Positiv daran ist, daß örtliche Willkürentscheidungen dadurch zwar erschwert werden, daß andererseits aber diese Praxis die Gemeindeparlamente zur Maschinerie macht, die einfach ratifiziert und daß der Ausschluß der Öffentlichkeit vom Prozeß der Meinungsbildung und Information in diesen Sachbereichen auch auf jene Entscheidungsbereiche übergreift, in denen den Gemeinden noch ein politischer Spielraum gegeben ist. Entscheidend ist in vielen Fällen das Übergewicht des technischen Verwaltungsapparates, der leitenden Gemeindebeamten in den verschiedenen Ämtern über die ehrenamtlich tätigen Gemeindepolitiker. Es ist zwangsläufig bedingt durch den Vorsprung an Sachwissen und Einzelinformation, über die der Verwaltungsapparat schon deshalb verfügt, weil er unabhängig von der Legislaturperiode des Gemeindeparlamentes über längere Zeitabschnitte mit den Problemen vertraut ist. So sehen Gemeindepolitiker oft die Unzulänglichkeit ihrer eigenen Information und ihrer Entscheidungsvorbereitung ein, was dazu führt, daß einfache Probleme von geringerer Bedeutung, so z. B. Personalfragen, in den Ratssitzungen des weiten und breiten beraten werden, während gerade die wichtigsten und kostspieligsten Entscheidungen rasch abserviert werden. Dadurch wird die Kommunalpo-

litik für die Bevölkerung ein undurchsichtiges, mit allen Tücken ausgestattetes Labyrinth. Gänzlich unverständlich.

Weil den Gemeindepolitikern der politische Wille fehlt, die kollektiven, aber nicht profitversprechenden Bedürfnisse der lohnabhängigen Bevölkerung durch dementsprechende Entscheidungen abzusichern und gegen patibuläre Privatinteressen durchzukämpfen, legen sie sich von vornherein doppelgleisig an, um Konflikte zu vermeiden, d. h. um „den sozialen Frieden“ und Wahlchancen zu wahren. Sie fördern einerseits die private Wirtschaft, den privaten Fremdenverkehr usw., „um Arbeitsplätze zu schaffen“ und korrigieren dann mit Feigenblättern die im System entstandenen Lächer. (Wie kommt es, daß die Mehrheit von uns noch arbeiten kann, aber menschenwürdig zu wohnen unerschwinglich wird? — „an gesetztes, kinderloses Ehepaar höherer Einkommensgruppe sofort zu vermieten“ —. Der geförderte Wohnbau in der Form der öffentlichen Unterstützung von Wohnbaugenossenschaften ist ein typisches Beispiel für eine Sozialpolitik mit Feigenblattfunktion. Hier wird die Mittelschicht unterstützt. Der Proletarier, der kein Startkapital hat, aber dennoch ein Dach überm Kopf braucht, hätte lieber Landesangestellter statt Industriearbeiter werden sollen. — Was privat ist, kommt rasch voran, was öffentlich ist, stockt, kommt zu spät oder überhaupt nicht).

Das Interesse, niemanden zu vergrämen, dieses Halbzugehen mit der einen, dieses Halbzurücknehmen mit der anderen Hand, führt dazu, daß die Sozialpolitik der Gemeindepolitiker immer nur aus einer Haltung der nachträglichen Zwangskorrektur immer wieder selbstgemachter Fehlentscheidungen herauswächst und nicht aus einer demokratischen, gesellschaftspolitischen Konzeption; diese Furcht, daß dieser konzeptlose Kompromiß von der Öffentlichkeit durchschaut werden könnte, fördert den Trend zur geheimen Kabinettpolitik. Die wichtigsten Entscheidungen auf kommunaler Ebene fallen ohne öffentliche Kontrollmöglichkeit in inoffiziellen Beratungsgremien, in geschlossenen Parteilfraktionen, in privaten Absprachen und wo es die Gemeindeordnung verlangt oder wo auch nur die Notwendigkeit, das äußere Image der Demokratie zu wahren, es nahelegt, daß Bürger sich an der Beratung von Lösungsvorschlägen für Probleme beteiligen, kommen ausschließlich Vertreter bestimmter Interessenverbände zum Zuge, so z. B. Haus- und Grundeigentümer, der Familienverband, der Sportverein, der Hotelier- und Gastwirtsverband, der Kaufleuteverband, der Fremdenverkehrsverein etc. Sie sind in der Regel die Vertreter der Interessen des Mittelstandes. Nur die Gewerkschaften stören das Bild des „sozialen Friedens“, kein Wunder, daß sie nicht gern gesehen sind. Aber mit ihnen werden die kommunalen Parlamente in Zukunft zu rechnen haben.

Es bleibt die Tatsache, daß die Planung von Sozialeinrichtungen (Kindergärten, Krankenhäuser, Kinderspielplätze, Parkanlagen, Schulen), die für die Mehrheit der lohnabhängigen Bevölkerung lebenswichtig sind, ohne Mitwirkung der Benutzer vorgenommen wird.

So erscheint die kommunale Parlamentspraxis sinnentleert; da sie darüber hinaus dem Bürger unverständlich ist, wird sie von ihm als überflüssig abgetan.

Grundsätzliche Ziele der Kommunalpolitik

Es muß das Ziel der Kommunalpolitik sein, vor allem die Nachteile der lohnabhängigen Bevölkerung, der sozial, wirtschaftlich und kulturell benachteiligten Schichten gegenüber der einkommensstarken Bürgergruppe zu beseitigen. Es müssen Entscheidungen getroffen werden, die es möglich machen, Klassenunterschiede aufzuheben, die benachteiligten Bürger aus ihren ökonomischen und kulturellen Gefängnissen zu befreien, um jedem einzelnen seine Entscheidungsfreiheit und Unabhängigkeit zurückzugeben, die allein die bedingungslose Ausgangsbasis für die Verwirklichung von Demokratie sind. Die Fähigkeit zur demokratischen Mitbestimmung des einzelnen Bürgers setzt die gleichen Startchancen für alle voraus. Diese sind heute nicht gegeben.

Angesichts der ständig steigenden Preise im Wohn- und Bildungssektor und überhaupt in all jenen Bereichen, die zur Absicherung der sozialen Existenz des einzelnen unentbehrlich sind und die in immer geringerer Maße vom einzelnen Bürger allein getragen werden können, hat die Kommunalpolitik vorrangig die Aufgabe, diese kollektiven Grundbedürfnisse der Menschen durch politische Grundsatzentscheidungen abzusichern. Es ist Aufgabe der Gesellschaft, der Gemeinden also, dort einzugreifen, wo die Kosten, die zur Abdeckung des Existenzminimums erforderlich sind, so hoch steigen, daß sie das gesamte Einkommen der meisten Mitglieder einer Gemeinschaft (der Gemeindebürger) verschlucken. Künftig müssen daher weitere öffentliche Einrichtungen aus allgemeinen Steuermitteln und aus dem Mehrwert der privaten Großunternehmen finanziert werden (Gesundheitsfürsorge, Krankenversorgung, kostenloser öffentlicher Nahverkehr für Arbeiter und Pendler aller Kategorien, Kindergärten, Kinderspielplätze, Altersfürsorge, Altersheime).

Solange aber die Mehrheitsverhältnisse in den Gemeindestuben die sind, die sie sind; solange die arbeitende Bevölkerung nicht selbst innerhalb und außerhalb des Gemeinderates die Lösung ihrer Existenzprobleme in Angriff nimmt und durchkämpft, solange bleibt dies alles das Geschwätz eines Moralisten. Für interessierte und aktivierte Bürger, für Arbeiter wie für Intellektuelle bietet sich daher zu-

nächst im Vorfeld der kommunalpolitischen parlamentarischen Praxis die wichtigste Arbeit an: es müssen Voraussetzungen geschaffen werden, daß die politischen Zusammenhänge und Kapitalinteressen, die in der Kommunalpolitik wirken, jenen sichtbar werden, die die Opfer dieser Machens-

schaften sind. Dadurch wird der Aufbau einer Solidarität der Arbeiter aller Kategorien möglich, dadurch kommt man der Verwirklichung von Demokratie um ein gutes Stück näher.

Es ist von der Erfahrung auszugehen, daß die Politisierung und Mobilisierung der arbeitenden Bevölkerung

nur an Hand solcher Probleme möglich ist, die den Menschen auf der Haut brennen, die sie existenziell bedrohen.

In den Gemeinden müssen die Menschen anfangen, sich zu wehren, in den Gemeinden beginnt der Fortschritt.

Siegfried Nitz

Der Dorfmonarch existiert nicht mehr

Probleme einer Gemeindeverwaltung heute

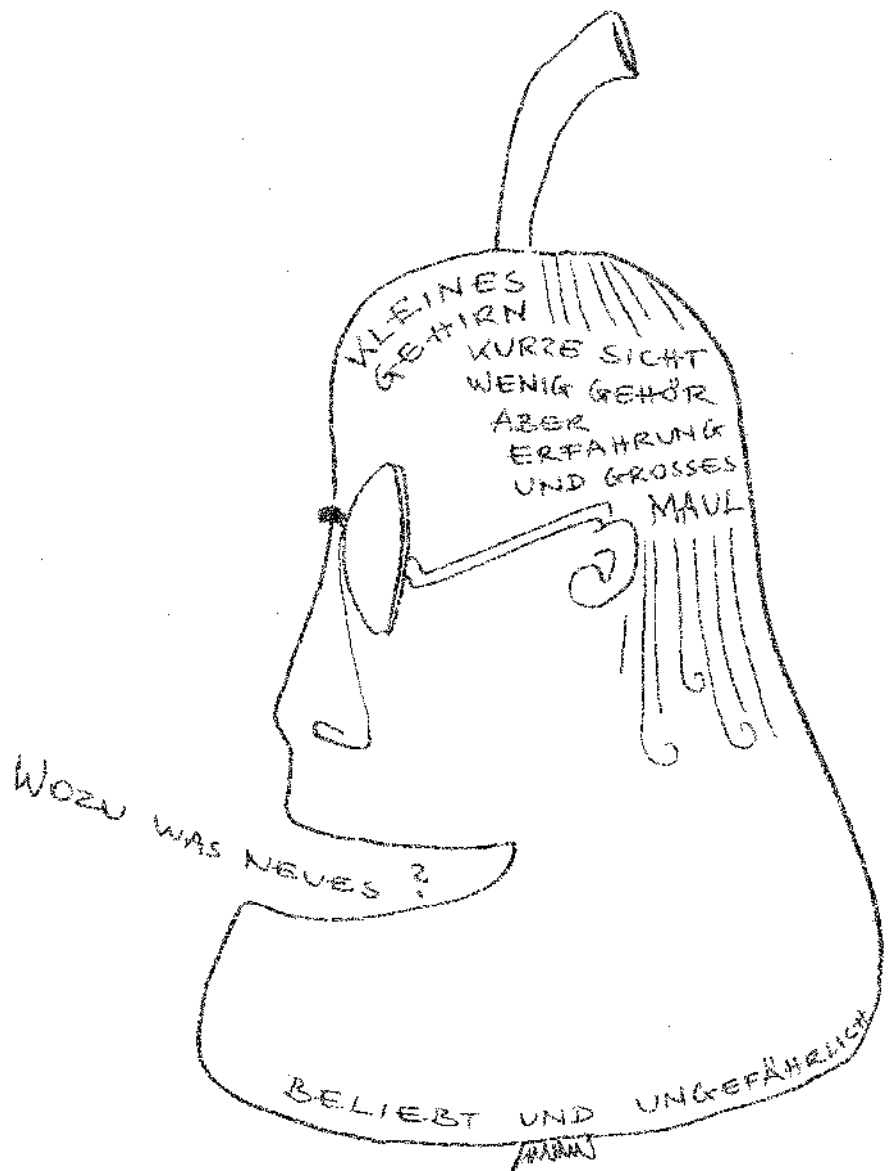
Nach den für den 17. November angesetzten Gemeindevahlen wird vermutlich die größte Wachablöse in Südtirols Gemeindestuben seit den ersten Gemeindevahlen nach dem Kriege im Jahre 1952 stattfinden. Nicht nur, daß altgediente Dorfmonarchen von kommunalpolitischen Parkett abtreten auch jüngere Gemeindeverwalter, die erst vor wenigen Jahren mit Idealismus, Ehrgeiz und Initiative Verwaltungsposten in den Gemeinden übernommen haben, sind des Treibens bereits müde. Das bei früheren Wahlgängen nicht seltene Drängen und Geringel um die Position des ersten Bürgers in der Gemeinde hat den nächsten Überlegungen über das ungeheure Ausmaß an Verantwortung und Risiko, denen ein Bürgermeister heute ausgesetzt ist, Platz gemacht. Kann man also von einer Krise der kommunalpolitischen Institution in unserem Lande sprechen?

Die romantischen Zeiten sind vorbei, in denen ein Bürgermeister mit väterlicher Geste die allenthalben anerkannte Rolle des Dorfmonarchen spielen konnte. Das Ehrenamt, das ihm in vergangenen Jahren gewissermaßen das „Stigma“ verliehen hat, die kommunale Bürde mit Würde und Anerkennung zu tragen, ist im Zuge der Demokratisierungsbestrebungen, die zu Recht auch in unseren Gemeinden Eingang finden, systematisch abgebaut worden. Heute existiert es in der Realität des Alltags nicht mehr. Man soll diesen Zeiten auch keine Träne nachweinen. Nur muß der kommunalpolitischen Wirklichkeit ins angeschminkte Antlitz gesehen werden: Der Bürgermeister steht heute an vorderster Front in ständiger und direkter Konfrontation mit der Bevölkerung, die er auch außen hin vertritt, für die er oft allein verantwortlich zeichnet und die er von notwendigen Maßnahmen überzeugen soll, die häufig unpopulär sind und durch die sich der Bürger in seiner Freiheit beschneiden fühlt.

Das darf nicht in dem Sinne verstanden werden, daß es den Verwaltern an Zivilcourage fehlt, unpopuläre Maßnahmen in der Bevölkerung durchzusetzen. Nur brauchen sie dazu die moralische und juristische Hilfe und Unterstützung des Landes. Gemeindepolitik ist mehr denn je an die Landespolitik und an die Landesverwaltung gebunden. Den Gemeinden wurde im

Zuge der vom Staat beschlossenen Steuerreform die Finanzhoheit, d.h. die autonome Festlegung der gemeindeeigenen Steuern praktisch völlig genommen, so daß sie heute noch mehr als früher von den finanziellen Zuwendungen der Landesregierung abhängig

sind. Auch die im Rahmen der Durchführung des „Paketes“ dem Land übertragenen Kompetenzen werden — in Landesgesetzen verpackt — in vielen Fällen an die Gemeinden delegiert. Denken wir etwa in diesem Zusammenhang an das Bauwesen und an die



Der große Favorit

örtliche Raumordnung und Raumplanung überhaupt.

Optimisten bezeichnen diese Mehrbelastung der Gemeinden, die in den vergangenen Jahren derartige Ausmaße angenommen haben, daß sie die Kapazität vieler Verwaltungen übersteigen, gerne als Verbesserung und Erweiterung der Gemeindeautonomie. Daß sie damit aber ein Kuckucksei ins Nest gelegt bekamen, das sich zu einer sehr gefährlichen Brut entwickeln kann, bedenken sie dabei wohl nicht. Das bereits erwähnte Bauwesen erweist sich heute als Fußangel fast jeder Gemeindeverwaltung bzw. jedes Bürgermeisters. Die Materie ist durch einen fast undurchdringlich gewordenen Dschungel von Bestimmungen und Zusatzbestimmungen auf Landesebene geregelt, dazu kommen die einschlägigen Bestimmungen der Staatsgesetze, daß sich jeder darin verstricken kann, auch wenn er glaubt, nach bestem Wissen und Gewissen zu handeln.

Gemeindeautonomie wird dann zu einer Farce oder zu einer unträchtigen Belastung, wenn den Verwaltungen mit der Übertragung neuer Kompetenzen bzw. mit der Aufgabe zur Durchführung von Landesgesetzen nicht auch die geeigneten Instrumente in die Hand gegeben werden. Warum sind so viele Bürgermeister unseres Landes — wegen Nichtbeachtung der Baubestimmungen — mit dem Gesetz in Konflikt geraten? Vor allem, weil ihnen mit der Verantwortung, die ihnen mit den Landesgesetzen übertragen wurde, nicht auch die fachkundige juristische Beratung zur Verfügung gestellt wurde. Es ist nicht damit getan, daß nach dem Inkrafttreten eines so einschneidenden Gesetzes, wie es die Landesbauordnung zweifellos ist, eine Tagung veranstaltet wird, in der in die Problematik der Materie eingeführt wird. Die dazu erforderlichen Berater müßten einem Bürgermeister oder einem Bauassessor kontinuierlich an die Seite gestellt werden, wenn diese an sich bereits sehr undankbare Aufgabe nicht zu einem unertäglichen Spießrutenlaufen ausarten soll.

Im Klartext heißt das, daß ein ehrenamtlich tätiger Bürgermeister längst nicht mehr den verschiedenen Ansprüchen gerecht werden kann, die täglich an ihn herangetragen werden. Da es in nicht seltenen Fällen auch noch an qualifizierten Gemeindefunktionären fehlt, wird das Bild noch düsterer. Um aus dieser offensichtlichen Sackgasse herauszukommen, bieten sich zwei Möglichkeiten an: eine völlig neue Fixierung der juristischen und wirtschaftlichen Position der Gemeindeverwalter und eine radikale Vereinfachung der Verwaltungspraxis.

Gerade in einer Zeit, in der die galoppierende Inflation täglich mehr von den meist ohnedies bescheidenen finanziellen Mitteln frißt, die den Gemeinden zur Verfügung stehen, wäre ein Abbau der bürokratischen Kopflastigkeit vor allem bei der Vergabe von öffentlichen Arbeiten von großer Wichtigkeit. Zwischen der Projektierung ei-

ner öffentlichen Arbeit bis zu ihrer Ausschreibung vergehen heute meistens so viele Monate, daß die enormen Preissteigerungen fast jegliche Planung ad absurdum führen. Mit der Ausarbeitung der gesetzlich vorgeschriebenen Preisrevisionen beginnt das Karussell wieder von neuem und mündet in einen Teufelskreis, aus dem es fast kein Entrinnen gibt. Hier könnte nur eine durchsichtige, unkomplizierte und funktionell operierende Bürokratie den Kreis durchbrechen.

Wirtschaftskrise, Inflation, übertriebener Bürokratismus, große rechtliche Verunsicherung: das sind die schwerwiegendsten Probleme, mit denen man sich in der kommunalen Verwaltungsperiode in den Südtiroler Gemeindestuben auseinandersetzen wird müssen. Besonders wichtig ist es dabei,

daß die Bevölkerung diese Situation zur Kenntnis nimmt und ihre Ansprüche an diesen Schwierigkeiten orientiert bzw. die Möglichkeiten und Grenzen einsieht, die durch die Not der Lage wohl den meisten Verwaltungen aufzwingen werden. Hier müßte auch die von Verantwortung getragene Partnerschaft zwischen Wählern und Gewählten einsetzen. Wer die inneren und äußeren Schwierigkeiten der zukünftigen Gemeindeverwaltungen kennt, wird in der Kritik zurückhaltend und maßvoll sein. Der wird auch ermahnen, daß Gemeindeverwaltung ein aus vielen Steinchen zusammengesetztes Mosaik ist und ein Bürgermeister kein Hexenmeister ist, sondern eben nur ein Bürger, der die Situation oft **allein meistern** muß.

Dr. Alfons Gruber

Arbeiter müssen Vertretung ihrer Interessen selbst übernehmen

Folgender Artikel versucht, im Rahmen der Beiträge zu den Gemeinderatswahlen, ein in dieser Art neues Phänomen der Listenbildung darzulegen und zu erklären, aus welchen Überlegungen heraus es dazu gekommen ist. Das Erstellen einer Arbeiterliste in der Gemeinde Lana resultiert aus einem Gefühl des Ungnügens der Betroffenen der traditionellen Parteiliste gegenüber und stellt den Versuch dar, den Arm der Arbeitervertretungen, der Gewerkschaften also, in die Gemeindestuben hineinzuverlängern.

Daß innerhalb der SVP in derselben Gemeinde eine sogenannte „A-Liste“ gebildet worden ist, signalisiert ebenso die Erkenntnis dieser Partei, daß die Interessen im Gemeinderat nicht mehr von den verschiedenen zwischenklassischen Vereinen, sondern von sozialen Klassen artikuliert werden.

In Südtirol ist die politische Situation in den Gemeinden dadurch gekennzeichnet, daß die wirtschaftlich starken Schichten zugleich noch die alleinige politische Macht ausüben. In den kleineren Berg- und Landgemeinden ist es meistens einer der großen Bauern, der den Bürgermeister stellt, in den größeren Gemeinden und in den Städten ist es ein politischer Vertreter der Wirtschaftskreise. Die Arbeiter sind in den Südtiroler Gemeindestuben zumeist überhaupt nicht vertreten. Selbst in jenen Gemeinden, wo die Arbeiter die relativ größte Bevölkerungsgruppe darstellen, sind sie im Gemeinderat in einer verschwindenden Minderheit, bzw. ihr politischer Einfluß im Gemeinderat ist gleich Null. Was die Arbeiter in diesen Gemeinden erreichen, verdanken sie großteils ihrer gewerkschaftlichen Organisation außerhalb des Gemeinderates.

Die Entscheidungen im Gemeinderat sind ein Monopol der Wirtschaftskreise, die Arbeiter sind davon ausgeschlossen. Entsprechend fallen die Beschlüsse der Gemeinderäte aus. Die Ansiedlung neuer Arbeitsplätze wird verhindert, die Freigabe von Zonen für den geförderten Wohnbau wird verzögert, auf dem Transport- und Müllabfuhrsektor werden lieber private Firmen subventioniert, als daß sie von der Gemeinde selbst übernommen würden.

Die letzten Gemeinderatswahlen sind deshalb für die Südtiroler Arbeiterschaft so nachteilig ausgefallen, weil die SVP aufgrund der damaligen politischen Situation in der Lage war, mit Hilfe der Volkstumspolitik und durch eine geschickte Auswahl der Personen die Arbeiter weitgehend auszuschalten. Sie hat zwar Arbeiter als Aushängeschild auf ihre Listen gesetzt, durch ihre Propaganda aber lediglich die Vertreter der Wirtschaft unterstützt. In der Bevölkerung wurde während der Auffassung verbreitet, daß, wer Geld hat, ein guter Bürger ist und somit auch für die politische Führung prädestiniert sei. Die Arbeiter wurden durch Volkstumspartien angehalten, die SVP zu wählen. Daß dabei nur die Wirtschafts- und Geschäftsleute gewählt wurden, die ihrerseits aufgrund der gleichen Interessen engstens mit der DC zusammenarbeiten, wurde verschwiegen.

Damit den Arbeitern in Zukunft in der Gemeindepolitik eine größere Bedeutung zukommt, ist es notwendig, daß sie zusammen mit den Kleinbauern, Handwerkern und Pächtern eigene Listen erstellen. Dabei können sie sich auf die bereits bestehenden Arbeiterparteien stützen. Eine gemeinsame Kandidatur mit den Wirtschafts-

kreisen hat den Arbeitern nur geschadet.

Gerade weil die SVP die Durchschlagskraft solcher Arbeiterlisten erkannt hat, versucht sie durch die Erstellung sogenannter „A-Listen“ die Stimmen der Arbeiter, die immer mehr von ihr abbröckeln, aufzufangen. Diese

„A-Listen“ bedeuten nichts anderes als eine Fortführung ihrer arbeiterfeindlichen Politik. Denn die Kandidaten, die auf den „A-Listen“ gewählt werden, unterstehen nach der Wahl der Fraktionsdisziplin, die gerade in wichtigen Entscheidungen angewandt wird. In der Fraktion der SVP werden die Arbeiter immer in der Minderheit sein.

Die Erstellung eigener Arbeiterlisten ist in zweierlei Hinsicht von Bedeutung: Erstens ist damit garantiert, daß mehr Arbeiter in den Gemeinderat gewählt werden. Zweitens wird dadurch die Möglichkeit geboten, auch in den Gemeinden eine sozialistische Politik zu unterstützen.

Reinhold Huber

Jenny und die Extremisten

Heute, da viele sich als Antifaschisten bekennen, gewinnt Horkheimers Erkenntnis aus den dreißiger Jahren: wer über den Kapitalismus nicht reden will, soll auch über den Faschismus schweigen, neue Aktualität. Chile ist eines der neuen Lehrstücke der Geschichte dafür, daß Faschismus nur eines der Mittel ist, durch die die Macht des Kapitalismus in bestimmten historischen Stadien gewährleistet wird. Und sei es nur als Übergangsphase, wie Portugal und Griechenland zu beweisen scheinen, ein Versuch, die Entwicklung zu einer freien, sozialistischen Gesellschaft aufzuhalten. In Chile ist der Mechanismus offen wirksam geworden: ein Jahr nach dem Putsch mehr als dreißigtausend Tote, Hunderttausende politische Gefangene, Folter, Terror, ist die Wirtschaft wieder fest in der Hand der von Unidad Popular enteigneten USA-Konzerne, profitabel können sie wieder hemmungslos chilenische Bodenschätze und Arbeitskräfte ausbeuten. In Italien haben wir vor einem Jahr demonstriert, aus Empörung und Solidarität, und haben an unserer Seite Vertreter jener Parteien gesehen, die nach Horkheimers Kriterium besser zu Hause geblieben wären. Wer ihnen damals nicht getraut hatte — und wir waren viele — wurde von der „parlamentarischen“ Linken politischen Abenteuerismus bezichtigt. Und prompt verschwiegen man die Nachricht (zuerst veröffentlicht von der konservativen Zeitschrift „Time“), daß die europäischen christlich-demokratischen Parteien die Verteilung der Gelder des US-Geheimdienstes CIA an faschistische Allende-Gegner besorgten.

Dieselben Christdemokraten treffen wir an unserer Seite, wenn wir gegen die Kette faschistischen Terrors demonstrieren, deren Glieder das Attentat auf die Bank in Mailand 1969, das Attentat auf die Gewerkschaftsversammlung in Brescia, die Bombe im Italicus in Bologna sind, um nur die brutalsten zu erwähnen, und deren sich die italienische Rechte seit dem Kriege für die Erhaltung ihrer „Demokratie“, gegen die Errungenschaften der Arbeiterklasse bedient. Im Wechselspiel zwischen dem repressiven Gebrauch illegaler Rechtsgruppen und formaler Bekenntnisse zu einer ebenso formal verstandenen Demokratie, immer in der Bemühung, die Profitrate gegen jeden An-

griff zu verteidigen, erwachsen auf einer formal demokratischen Verfassung eine Unzahl repressiver Institutionen, die geprägt sind vom Charakter einer seit über dreißig Jahren regierenden Partei, die Züge ihrer Korruption, ihrer immanent antidemokratischen Funktion tragen und jeder inhaltlichen demokratischen Kontrolle längst entglitten sind. In der komplexen Strategie der Rechten, der nationalen wie der internationalen, eine autoritäre Entwicklung in Italien voranzutreiben, Recht und Ordnung, die Bedingungen eines reibungslosen Ausbeutungsmechanismus, mit Gewalt wiederherzustellen, in dieser Strategie spielen die erwähnten Institutionen nicht selten eine Rolle, die zwischen Komplizität und schützendem Verhalten liegt. Die laufenden gerichtlichen Verfahren sind ein Hinweis. Finstere Mächte, unkontrollierte oder gebrauchte und gelenkte Kräfte, die seit über dreißig Jahren Ministerien unterstehen, die ununterbrochen von einer Partei kontrolliert wurden: der christlich-demokratischen. Jetzt scheint ihnen die Kontrolle tatsächlich entglitten und ihr Bekenntnis zur Demokratie hat etwas von echter Verzweiflung an sich. Aber die Demokratie, die sie retten möchten, ist die ihre, nach ihrem Bild geschaffen: korrupt und repressiv und antidemokratisch.

Der Genosse Jenny jedoch sieht keinen Grund, an der Ehrlichkeit dieser demokratischen Einstellung zu zweifeln; empört über die Pfeife gegen den christdemokratischen Sprecher bei den antifaschistischen Kundgebungen in Südtirol, hat er auch gleich selbst erklärt, diese Demokratie verteidigen zu wollen, gegen rechts und gegen links. Nun ist die These des neutralen Charakters der Institutionen, ihres fortschrittlichen oder reaktionären Gebrauchs, je nachdem wer am Drücker sitzt, seit langem Bestandteil des parlamentarischen Kretinismus, den Marx schon bei seinen sozialdemokratischen Zeitgenossen festgestellt hat. Und die repressive Berufung der Sozialdemokraten hat seit den Morden an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht historische Kontinuität erhalten. Trotzdem verwundert die Stellungnahme Jennys wegen ihrer Borniertheit. Es bedarf tatsächlich großer Mühe, heute in Italien die Neutralität der Institutionen zu behaupten. Jennys sozialistische Genossen in der römischen und in den

lokalen Regierungen könnten ihm einiges davon erzählen. Wenn es heute eine demokratische Perspektive gibt — die Demokratie allerdings inhaltlich begrenzt, nicht zum formalen Recht eines jeden, überall alles sagen zu können, verkümmert, wie das bei Jenny zu sein scheint —, dann liegt sie doch nur im Versuch, Demokratie als Legitimation kapitalistischer Ausbeutung zu überwinden in einer sozialistischen Gesellschaft, in der nicht mehr das selbstständige Streben nach Profit der Motor ist, der alles bewegt. Träger dieser Perspektive wirklicher Demokratie ist in Italien eine politisch reife und in Kämpfen erstarkte Arbeiterklasse: sie muß der Bezugspunkt jeder antifaschistischen Politik sein. Der Genosse Jenny jedoch nimmt Zuflucht zur These der entgegengesetzten Extremisten, die aus rechts mit Bomben und Granaten, von links her durch die Störung friedlicher Kundgebungen die Demokratie untergraben. Selbst Taviani — DC-Minister und Exponent des rechten Flügels der Partei — läßt den Genossen Jenny in der rechten Ecke sitzen: in einem Interview meinte er, er hätte jetzt verstanden, daß die entgegengesetzten Extremisten eine Erfindung Fanfanis waren, um seine rechte Politik als eine der Mitte erscheinen zu lassen. Immerhin. Begreiflich wird, daß langsam auch die Rechten die Geschichte als fortschreitende Bewegung erkennen, von Kämpfen zwischen den Klassen vorangetrieben, durch Niederlagen zeitweilig zurückgeworfen. Wer den Prozeß nach vorne vorantreiben will, um die Niederlage nicht zu riskieren — zu Recht oder Unrecht: darüber ist solidarisch zu diskutieren — kann mit jenen, die mit Terror die Entwicklung aufhalten wollen, nur von einem gleichgesetzt werden, der aus dem status quo profitiert: und heute wie gestern sitzen die Herrschenden oben.

Die Jungsozialisten, auf der Suche nach einem „attraktiven“ Programm, haben zu dem Vorfall nicht Stellung genommen. Obwohl sie aus der ambivalenten Sympathie zur Linken bisher eine Brücke geschlagen hatten, Jennys Äußerungen dürften die Verhältnisse verändert haben. Aber vielleicht waren ihnen vor lauter interner Diskussion die antifaschistischen Kundgebungen in Südtirol entgangen.

Florian Fiedler

Kinder und Stadt

„Das Spielen der Kinder auf Hof, Flur und Treppen sowie das Umherstreben vor der Haustür ist streng untersagt“.*

Dieses Schluß signalisiert die Kinderfeindlichkeit unserer Gesellschaft. Überall schützen Schilder Eltern, Hausbesitzer, Hausgemeinschaften, Höfe, Flure, Treppen, Hauseingänge, Rasenflächen, Parkanlagen vor Kindern. Wir haben noch 26 Jahre Zeit, um das vor 70 Jahren ausgerufen „Jahrhundert des Kindes“ in diesem Jahrhundert anbrechen zu lassen.

In Bozen wurde eine Bürgerinitiative für Kinderspielplätze gestartet. Eltern haben im Frühjahr 1974 einen „Arbeitskreis für Kinderspielplätze“ gegründet. Dieser hat bereits eine Reihe von Vorschlägen zur Gestaltung eines Erholungsraumes für jung und alt im Talferbett den zuständigen Stellen und der Öffentlichkeit unterbreitet. Ein Vorschlag ist für Südtiroler Verhältnisse revolutionär: nämlich die Forderung nach einem pädagogisch betreuten Spielplatz. Die Funktionen der einzelnen Flächen des Talferbettes werden in einer Wunschliste des Arbeitskreises stichwortartig wie folgt beschrieben:

- *Hügeliges Gelände mit Planschsee als Spielplatz für kleinere und größere Kinder;*
- *Grünanlage mit Kleinkinderspielplatz und Sitzgelegenheiten für Mütter und ältere Leute, mit Wiese für Ball- und Rasenspiele sowie Bocciaspiele;*
- *asphaltierte Fläche als Fahrradschule und gleichzeitig Gelegenheit zum Radfahren für Kinder;*
- *Rollschuhplatz (in der kalten Zeit als Eislaufplatz);*
- *zwischen den Sportplätzen auf der Gaisler Seite: Fußballplatz für Kinder mit vier Toren;*
- *pädagogisch betreuter Spielplatz;*
- *Spazierweg als Trümmerrad,*
- *Tischtennis in mehreren windgeschützten Orten;*
- *Leichtathletikmöglichkeiten (für jene, die nicht in Vereinen organisiert sind);*
- *Fußballplatz für Kinder;*
- *Kleinkinderspielplatz;*
- *Fahrradwege;*
- *Spazierweg zum Wandern und Laufen längs des Ufers;*
- *Tafelberg;*
- *viele Sitzgelegenheiten, Papierkörbe, und Hinweisschilder.*

Der Arbeitskreis hat in den letzten Monaten die verschiedenen Probleme im Zusammenhang mit den Spielplätzen in der Talferstadt studiert und Kontakte mit Fachleuten hergestellt. Unter anderem hat der Vorsitzende

der „Interessengemeinschaft für Bürgerinitiativen Spielen e.V.“ von Bayern, Udo Prinz, der gleichzeitig Freizeitspädagoge ist, über Einladung des Arbeitskreises einen Lokalausgangsein im Talferbett vorgenommen und die Vorschläge des Arbeitskreises positiv begutachtet. Auch die zuständigen Stellen (Gemeinde Bozen, Land) und verschiedene Interessensverbände haben die Vorschläge des Arbeitskreises zur Valorisierung des Talferbettes als Freizeit- und Erholungsraum für die Kinder grundsätzlich genehmigt und ihre Interessenahme zugesichert.

Bisher war die Tätigkeit des Arbeitskreises nur auf Bozen beschränkt und hier nur auf die deutsche Volksgruppe. Man denkt aber auch daran, Kontakte mit italienischen Eltern aufzunehmen und in anderen Städten (z. B. Meran und Bräxio) aktiv zu werden. Der Arbeitskreis setzt sich weiters für die Schaffung von Kinderspielplätzen bei Kondominien ein, was eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein müßte; dies ist jedoch leider nicht der Fall, da die Landesbauordnung statt Spielplätzen nur Grünflächen vorschreibt. Ebenso setzt sich der Arbeitskreis für die Neugestaltung des Herzogsparkes in Bozen ein. Der ausgearbeitete Plan wurde von den zuständigen Behörden bereits genehmigt.

Der Arbeitskreis will selbstverständlich auch Aufklärungsarbeit leisten. Denn die Forderung nach menschenwürdigerem Spielraum kann nur dann zum Erfolg führen, wenn breite Be-

völkerungsschichten von seiner Notwendigkeit überzeugt werden.

Anlässlich der „Woche der österreichischen Kinderfreunde“, die kürzlich in Bregenz stattgefunden hat, wurde festgestellt, daß die weltweite Ungeliebtheit des Spielraumes für die Kinder zu den beschämenden sozialen Rückständigkeiten der westlichen Demokratien zählt. Die Spielplatzgestaltung müßte heute integrierender Bestandteil moderner Raumplanung sein. Indes muß den meisten Architekten vorgeworfen werden, wohl die Ebenenabgrenzung eines Autos zu kennen, aber nicht zu wissen um die Bedürfnisse von Kindern, angefangen von den Kinderzimmern mit zwei Metern Breite bis zum betonierten Spielplatz an der Nordseite des Gebäudes.

Bei der Planung neuer Spielplätze sollte davon ausgegangen werden, daß Kinder nicht als Konsumenten von Spielplätzen zu behandeln sind, sondern von der Einsicht, sie selbst aktiv ihre Spielumwelt täglich neu gestalten zu lassen.

Die Initiative des Arbeitskreises für Kinderspielplätze wäre es wert, daß sich auch Südtiroler Studierende einschlägiger Fachrichtungen (z. B. Sozialpädagogik, Psychologie) mit diesem Problem beschäftigen und sogar darin ihr zukünftiges Arbeitsfeld sähen.

Rita Mair

* Aus: „Abenteuerspielplatz – wo verboten verboten ist“, Torino 1973.

Valuta-Beschränkungen für Studenten im Ausland

Die Südtiroler Hochschülerschaft intervenierte vor einiger Zeit bei der Südtiroler Landesregierung bezüglich der unhaltbaren Schwierigkeiten bei der Valuta-Beschaffung für Südtiroler Studierende im deutschen Sprachraum (bekanntlich dürfen pro Jahr nicht mehr als 500.000 Lire ins Ausland gebracht werden).

Von Herrn Senator Dr. Peter Brugger wurde uns nun mitgeteilt, daß folgender Weg zu beschreiten ist:

Über jedes Bankinstitut kam an das „Ufficio Italiano dei Cambi (UIC)“, Divisione Transazioni Correnti, 00100 Roma, Via IV Fontane 123, ein Ansuchen eingebracht werden, aus dem der Betrag ersichtlich sein muß, den der Studierende für Schulgelder, Bücher, Aufenthalt usw. monatlich benötigt. Die Anträge müssen alle drei Monate

wiederholt werden, weil nur für einen solchen Termin Genehmigungen erteilt werden können. Dem Ansuchen muß ein Dokument der Hochschule beigelegt werden, aus dem hervorgeht, wo der Studierende unskribiert ist und in welchem Studienverhältnis er steht (Fakultät, Semester). Bei der notwendigen periodischen Wiederholung der Ansuchen kann auf das dem ersten Gesuch beigelegte Dokument Bezug genommen werden, so lange die erforderliche Zeit des Aufenthaltes aus diesem Schriftstück nachgewiesen ist.

Der Leiter der obgenannten Dienststelle hat versprochen, solche Ansuchen sehr rasch zu erledigen. Möglicherweise kann der bürokratische Weg mit der Zeit vereinfacht werden, so daß den Banken auch ferumündliche Genehmigungen erteilt werden können.

Gewerkschaften

Einheitsbestrebungen der Gewerkschaften in Südtirol

Um die gegenwärtige Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung in Südtirol zu erörtern, müßten einige Umstände genauer studiert werden, die ich hier nur andeuten möchte.

1. Ein großer Teil der Arbeiterschaft unseres Landes steht bei den allgemeinen Arbeiterkämpfen noch absäts. Viele unserer Leute dulden Bedingungen, die unter dem kollektivvertraglich gesicherten Niveau liegen. Das heißt aber nicht, daß sie nur dulden und keinen Widerstand leisten. Oft kämpfen sie mit wenig wirksamen oder auch falschen Mitteln. Sie führen nämlich Tausende von Prozessen und glauben an die absolute Gerechtigkeit der Richter und an die Allmacht der Rechtsnormen, ohne zu wissen, daß sie bereits Geld, Rechte und Zeit verloren haben, sobald sie ein Arbeitsgerichtsverfahren anleiten. Der eigentliche Verlierer ist in solchen Fällen immer der Arbeiter. Denn ein Richter kann einem prozeßführenden Arbeiter niemals mehr zusprechen, als er schon längst auf Grund der erkämpften Rechte hätte erhalten müssen. Die Gerichtbarkeit kann also im günstigsten Falle bereits zugefügtes Unrecht wiedergutmachen. Und damit ist diese Form des individuellen Widerstandes der Arbeiter ein relativ steriler und tragischer Widerstand, wenn er nicht mit einem aktiven und Rechtsnormen verändernden Gewerkschaftskampf gekoppelt ist. Es geht also nicht nur um die Einheit der bereits kämpfenden Arbeiter unseres Landes, sondern auch darum, die noch absäts stehenden Lohnabhängigen für den Gewerkschaftskampf zu gewinnen.

2. Die Gewerkschaften haben sich als Kampfinstrument der Arbeiter dort am schnellsten und besten entwickelt, wo der größte Teil der Industriearbeiterschaft auf verhältnismäßig kleinem Raum zusammengedrängt lebt und arbeitet: in der Bozner Industriezone. Weitans ungünstigere Kampf- und Organisationsbedingungen finden wir beispielsweise bei den weit verstreut lebenden Landarbeitern, im Hotelwesen, im Handel und ganz allgemein überall dort, wo Kleinbetriebe vorherrschen und starke personelle Bindungen zwischen Arbeiter und Betriebsleiter bestehen. Erst in den letzten Jahren kam zur Bozner Industriezone eine etwas stärkere Industrialisierung im Bozner Unterland, im Vinschgau und im Pustertal hinzu. Damit wurden bessere Voraussetzungen für die Verstärkung und Ausdehnung der gewerkschaftlichen Kämpfe in unserem Lande geschaffen. Und wenn heute eine gewisse Spannung zwischen der erfahrenen Arbeiterschaft in der Bozner Industriezone und den neu in den Arbeitskampf

eintretenden Belegschaften auf dem Lande besteht, Ungleichzeitigkeiten in der Bewußtseinsbildung aufscheinen und gewisse Schwierigkeiten bei der Koordinierung der Aktionen auftreten, so ist dies ein Zeichen, daß die Gewerkschaftsbewegung mit der objektiven wirtschaftlichen, sozialen und politischen Entwicklung in unserem Lande Schritt hält. Schwierigkeiten dieser Art dürfen ruhig als Wachstumschwierigkeiten betrachtet werden.

3. Gleichlaufend mit der Ausdehnung des gewerkschaftlichen Organisationsbedürfnisses, unter den neu hinzugekommenen Arbeiterkategorien, mußte sich die Gewerkschaftsbewegung in Südtirol zusehender als bisher mit der nationalen Frage beschäftigen. Denn durch die historische Entwicklung bedingt, verläuft die ethnische Trennungslinie, nicht ohne Belastung für die Organisation, grob gesehen, zwischen der Industriezone Bozen und den neuen kleineren Industriezonen auf dem Lande. Am sichtbarsten befaßt hat sich mit dieser Frage der AGB/CGIL, der in den letzten Jahren eine Reihe von arbeitsmethodischen Maßnahmen getroffen hat, um in der Substanz, dem gewerkschaftlichen Organisationsbedürfnis aller Arbeiter, unabhängig von ihrer ethnischen Zugehörigkeit, gerecht werden zu können. Dies im Interesse der gewerkschaftlichen Geschlossenheit aller Arbeiter, die nur mit vereinten Kräften in Betrieb und Gesellschaft ihre Vertragsmacht steigern können. Die Bemühungen um eine Grundlage für die Einheit aller kämpfenden Arbeiter unter Berücksichtigung der nationalen Frage waren bereits seit 1963/64 schwer befaßt. 1963 hatte der Landessekretär der Buchdruckergewerkschaft FILPC, Silvio Flor, die CGIL-Arbeiterkammer verlassen und unter klar ethnischen Vorzeichen zusammen mit zahlreichen Südtiroler Buchdruckern eine autonome Südtiroler Buchdruckergewerkschaft gegründet, die sich bis 1972 am Leben halten konnte. 1964 wurde unter Franz Plakner eine Abspaltung vom SGB/CISL organisiert, der dank der politischen Unterstützung durch die SVP ein weitaus größern Erfolg beschieden war. Bekanntlich, hat diese Spaltung zur Gründung des ASCB geführt.

4. Die Dreiteilung der Gewerkschaften in CGIL, CISL und UIL wird in Italien seit mindestens 10 Jahren als ein Hemmschuh betrachtet. Gerade die stärksten Arbeiterkategorien (Metallarbeiter, Bauarbeiter, Chemie- und Textilarbeiter) drängen nach einer Vereinheitlichung der Bünde. Dieser Druck hat zur Bildung eines einheitlichen

Dachverbandes (Federazione Nazionale CGIL-CISL UIL) geführt. In Südtirol kam es wegen der entschiedenen Gegnerschaft der SGB/CISL-Mehrheit unter Malocchio und Haferer nie soweit. Auf gesamtsüdlicher Ebene gibt es ebenfalls innerhalb der CISL und zum Teil auch innerhalb der UIL Kräfte, die nicht nur eine fortgeschrittenere Einheit, sondern auch den Dachverband ablehnen. Sie haben in Vito Scallia, dem ehemaligen stellvertretenden Generalsekretär der CISL, ihren Hauptsprecher.

Man mag sich nun fragen, warum gerade in Südtirol die Einheitsbestrebungen Rückschläge erfahren haben, warum gerade in unserem Lande eine SGB/CISL-Mehrheit den Mut hat, sogar die Aktionsseilheit mit dem AGB/CGIL und der UIL öffentlich anzukündigen, warum der ASGB keinen festen Standpunkt im Einheitsprozeß einnimmt.

Wichtiger, als nach Motiven zu suchen, erscheint mir die Frage nach der objektiven Funktion dieser Einheitsfeindlichkeit und nach den Verhältnissen, in denen sie gedeihen kann.

Der Ansatz für eine Aufschlüsselung dieser Fragen dürfte in den machtvollen Arbeiterkämpfen von 1969/70 und in der gegenwärtigen Krise zu suchen sein.

Durch die Bewegung von 1969 hat die Arbeiterklasse in Italien und folglich auch in Südtirol trotz der ungünstigen Konjunkturlage wesentliche Verbesserungen in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht durchgesetzt. Und die Gewerkschaften waren trotz gewisser Unstimmigkeiten gezwungen, entweder an der Spitze dieser Kämpfe zu bleiben oder eine teilweise Veränderung durch andere Kräfte und neue Organisationsformen in Kauf zu nehmen. Sie sind vor diese Wahl gestellt, an der Spitze der Kämpfe geblieben. In einer solchen Lage einheitsfeindlich sein, war für jede gewerkschaftliche Komponente äußerst schwierig. Man hätte sie wohl überrannt und rechts liegen gelassen. Dies galt nicht nur für Terzo und Mailand, sondern auch für Bozen und fast alle übrigen gewerkschaftlich organisierten Gebiete.

Heute ist die Lage anders. Die Herren der Wirtschaft sind dabei, Stück um Stück von den Errungenschaften der Arbeiter zurückzuerobern. Die Löhne werden ausgehöhlt, die Arbeitsplätze verunsichert, die Arbeitsbedingungen allgemein verschlechtert.

Eine nicht zu unterschätzende Wirtschaftskrise erschüttert das Land. Und

sie wirkt sich negativ auf das politische und soziale Leben aus.

Der Vorwurf, daß die Arbeiterkämpfe und folglich die Gewerkschaften an dieser Misere schuld sind, beweist nur, daß der Angriff diesmal von der Unternehmensseite kommt. Wenn sich in einer solchen Lage nun ein Teil der gewerkschaftlich organisierten Kräfte von der gesamten Bewegung lossagt, Verwirrung in die Verhandlungen bringt, Unsicherheit in den Betrieben schafft und Verbitterung und Mißtrauen der Gewerkschaft gegenüber erzeugt, so nützt diese Komponente wohl kaum der Arbeiterschaft. Und es ist auch für Südtirol bezeichnend, daß gerade die kampferfahrenen Kategorien (Metall-, Bau- und Holzarbeiter, Arbeiter der Lebensmittelindustrie, aber auch aktive Angestelltenkategorien wie die Staatsangestellten, die Angestellten halbstaatlicher Körperschaften, die Angestellten der Telefongesellschaft SIP und die Mittelschullehrer des SGB/CISL sowie die Metall-, Bau- und Holzarbeiter des ASGB) nicht bereit sind, die einheitsfeindliche Linie ihrer Bünde zu akzeptieren.

Gerade durch die letzte lautstarke Absage des SGB/CISL von Bozen dem AGB/CGIL und der UIL gegenüber, bringt keine Klarheit, sondern Verwirrung mit sich. Und Verwirrung schwächt bekanntlich die Schlagkraft der Bewegung.

Die Klarheit, die von Malocchio und Hafner angestrebt wird, kann nur in einer Hinsicht erreicht werden: Klarheit der Fronten in einem neu vom Zaun gebrochenen Gewerkschaftskrieg.

Einer verhältnismäßig starken Bewegung, die gute Aussichten hat, sich im ganzen Lande zu entfalten, wollen Malocchio und Hafner, vermutlich auch mit der Schützenhilfe der ASGB-Mehrheit um Egger und Achtmüller, offenbar eine Bremsgewerkschaft gegenüberstellen, die die besten Absichten hat, auch alle nationalistisch motivierten Ressentiments gegen die Einheit der Bewegung auszuspielen.

Eine solche Vorgangsweise könnte der Südtiroler Arbeiterschaft nichts als schaden. Belegschaft für Belegschaft müßte sich neuerdings auf die eine oder andere Seite schlagen. Und dies würde reichen, um eine heute noch mögliche Aktionsfähigkeit zu lähmen.

Allerdings ist zu erwarten, daß die am Arbeitsplatz erprobte Aktionseinheit stärker sein wird als die am Schreibtisch der Generalsekretäre geplante Spaltung.

Der AGB/CGIL hat sich in den letzten Jahren nicht nur in der täglichen Praxis um die Einheit aller Arbeiter und gewerkschaftlich organisierten Komponenten in Südtirol bemüht, er hat die Frage der Einheit auch theoretisch bearbeitet. Als Höhepunkte dafür können die Studientagung vom 16. Jänner 1972 im Waltherhaus und die

Delegiertenkonferenz vom 31. März 1974 im Messepalast bezeichnet werden. Ich hebe diese beiden Initiativen hervor, weil sie gerade für die deutsch- und ladinischsprachigen Arbeiter von besonderer Bedeutung waren.

Eine wichtige Rolle im Einheitsprozeß spielen die 7 in der Minderheit gebildeten Kategorien des SGB/CISL und die Metall- und Bauarbeiter des ASGB. Sie stellen innerhalb ihrer Bünde den aktivsten und kampferfahrensten Teil der Organisierten dar. Es ist nicht zu erwarten, daß diese Kräfte von heute auf morgen die einheitlichen Erfahrungen aufgeben und die Aktionseinheit brechen.

Eine durchaus einheitswillige Linie verfolgt die UIL, die in Südtirol nicht zufällig von Malocchio und Hafner mit dem AGB/CGIL in denselben Topf geworfen wird, sondern mit der klaren Absicht, sie politisch zu treffen. Man kann sagen, daß auch in unserem Lande der größte Teil der Industriearbeiterschaft und zahlreiche Angestelltenkategorien grundsätzlich für die Aktionseinheit und für die Vereinigung der Gewerkschaften sind. Wer daher die Spaltung predigt und klare Fronten schaffen will, dürfte in den Fabriks-

hallen nicht allzu großen Erfolg haben. Unter der heute gewerkschaftlich aktiven Arbeiterschaft ist kaum etwas mehr verpönt als der Streit unter den Gewerkschaften. Das heißt aber nicht, daß eine Bremsgewerkschaft keine Möglichkeiten hat, sich ins Zeug zu werfen. Sie kann die einheitliche Aktion stören und wohl auch mit der materiellen und politischen Unterstützung von seiten ihrer Kräfte rechnen, die gegenwärtig an der Macht sind.

Das Spaltungsvorhaben dient nicht zuletzt dazu, einen Politisierungsprozeß unter den Arbeitern aufzuhalten, der durch die Einheitsbestrebungen zweifellos begünstigt wird.

Sollte der Abbruch der Aktionseinheit durch den SGB/CISL bis in seine letzte Konsequenz durchgeführt werden, so ist wohl eine gewisse Umschichtung im Südtiroler Gewerkschaftsgefüge zu erwarten. Es ist dabei aber sicher, daß der aktivste und erfahrenste Teil der Arbeiterschaft die Einheit wählt und den Abbruch der Aktionseinheit ablehnt.

Josef Perkmann

LESERBRIEF

Schülerrat: Eine Totgeburt?

Im letzten „SKOLAST“ hat einer meiner früheren Kollegen im Schülerrat (Wissenschaftliches Lyzeum Bozen) diese Institution eine Scheinlösung eine Totgeburt geschimpft. Ich will seine Argumentation nicht zu entkräften versuchen, indem ich auf seine stets negierende, immer mißtrauische Persönlichkeit verweise. Dennoch: Was könnte man positiv anders machen?

Aufrecht bleiben — auch nach dem Gesetzesdekret Nr. 416 vom 31. 5. 1974 zum Delegationsgesetz Nr. 477 (30. 7. 1973) — die Überlegungen, denen zufolge eine Einrichtung nach der Art des Schülerrates die aktive Mitgestaltung der Lernenden und ihr Gewicht im gesamten Schulgesehen verstärken kann. Die Größe des Schülerrates ermöglicht noch effiziente, planende und nicht zu emotionsbeladene Arbeit; er ist als Organ sehr flexibel und kann — auch über den Kreis der Kollegen hinaus — kontaktstark handeln. Die Aufgaben und Verantwortungsbereiche sind darin leicht abzugrenzen. Er ist eine ständig bereite Informations- und Organisationsstruppe. Als gewähltes Gremium ist der Schülerrat auch der Lautsprecher und Manager des Willens der Schüler.

In der schulischen Wirklichkeit gibt es da und dort Schwierigkeiten, auch mit dem Schülerrat. Ich habe dafür als einen der wesentlichen Faktoren den einzelnen Schüler, seine Haltung, seine Ichbezogenheit verantwortlich gemacht. Der wohl etwas zu pessimistische Kollege im letzten „SKOLAST“ jedoch sucht die Gründe für die Ungereimtheiten „an anderen Ufern“, „in vollkommen anderen Beutichen“. Es ist sicher wichtig, diese Zusammenhänge zu durchschauen und ein langfristiges Ziel vor Augen zu haben, aber es bringt sicher wenig, über die damit in den Vordergrund tretenden komplizierten, vielleicht zunächst unlösbaren, Probleme die Hände in den Schoß zu legen. Wir sollten uns besser jeweils fragen: Was können wir in diesem Moment machen, in dieser Schule, unter diesen gegebenen Voraussetzungen? Richtig ist auch, daß die Motivationsstruktur zur Aktivität des Schülers nicht ausgewogen und meist sehr lückenhaft ist, aber können wir von uns nicht verlangen, etwas Bestimmtes zu tun, wenn auch nur der **Verstand** uns sagt, es wäre vernünftig und für das Gesamte nützlich?

Werner Frick

Literatur und Kunst

Buchbesprechung: „s maul auf der erd“ von Joseph Zoderer

Das neue büchl von Joseph Zoderer ist wirklich ein juwel südtiroler mundartdichtung geworden.

Seit dem lobenswerten sammelband „neue literatur aus südtirol“ wurde nichts lokales mehr veröffentlicht. Einige unserer dichter haben seit dem letzten erscheinen ihre ansprüche höher geschraubt und sich zur klärung ihres klassenstandpunktes zurückgezogen, andere vorläufig bis heute die weitere öffentlichkeit gescheut. Auch Zoderer hat eine zeit lang pausiert und der dichtung den politisch relevanten gebrauchswert des flugblattes und der zeitungsspalte vorgezogen. Das soll nicht heißen, daß er hier seine herkunft vergißt, im gegenteil, die themen seiner gedichte sind dort gewachsen, wo er herkommt, und er ist stolz darauf. Er vergißt nicht, daß im tiroler ein bißchen antiautoritäre haltung drinnen ist.

uamol tat i gern inbelfern
mit long kopfn
schmöln lossn

a wenn mir di muffn geat
uamol tat i gern in ganzn pichl
anlupfn

wenn der tiroler diese haltung auch oft begraben hat und ab und zu ein resignativer ton im einen oder anderen gedicht aufkommt, so behält doch Zoderers liebe zum leben, seine neugier, sein vitalismus die oberhand: hineinbeißen und leben.

s maul auf dr erd
lous i
ob i di hear
pumpern
tnats
bis in di oarwaschl ai
s bluaz

Der direkte angriff, die klare politische aussage ist hier in witz und ironie gekleidet, optisch und akustisch leicht zu lesen, eine gaudi die wortspiele, die sprache als werkzeug.

Die dichtung nicht überbewertend, kann das büchlein ein „stupfer“ sein für manchen dichterkollegen, auch hiesige gegenwart wieder mitzuformulie-

ren, statt in die nebel jenseits der dichtung tauchen zu wollen.

Der zeitpunkt der ausgabe ist günstig gewählt, denn auch andere, so höre ich, werden im bereich des kulturellen demnächst wieder konkretes vorlegen. So bleibt Joseph Zoderer mit seinem buch nicht isoliert und die sache läßt sich in einem größeren rahmen sehen. Zoderer selbst beschränkt sich jetzt nicht auf diesen band mundartdichtung, sondern will bereits im nächsten jahr im selben verlag mit einem band hochdeutscher lyrik — „die elfte häutung“ herauskommen.

sou a roats tiachl isch
wos schians
roat wie di freid wias bluaz
wias fuir
sou a roats tiachl isch wos
schians
nit lei zum schneizn
roat wie dr mohn
aber di wampeten machts ganz
verfuacht
weils imenen am orsch guzht.

Martin Abram

Joseph Zoderer

SMALLAUF
DER ERD
ODER



Zeichnungen Luis Stecher/Relief-Verlag München

Mit Hundertwasser ins Friedensreich?

Am 16. 6. war im Rahmen der in der „Albertina“ gezeigten Ausstellung „Von Stowasser bis Hundertwasser 1943–1974“ Gelegenheit geboten, vom leibhaftig amwesenden Künstler selbst Aufschlüsse und Verständnisszünge einzuholen, quer durch sein Kunstschaffen geißelt zu werden, quer durch Friedensreich Hundertwasser, quer durch seine Welt. Zu erfragen war die Zusammenkunft durch einen würdigen Zeitungshinweis, geradezu diskret.

Der Meister gab sich liebenswürdig, wiewohl anfänglich reserviert, vielleicht verschreckt von den Vielen, die auf ihn eindrückten. Beträbe rührend seine unbeholfene Verbalartikulation, dabei sensibel und von gewinnender Art. Von Arroganz oder napoleonischer Gebärde keine Spur.

Häße reckten sich, Schieberel und Gedränge war im Gange, um seiner ansichtig zu werden, ganz so, als wäre Anbsürndisches unter die aufdrüchtig Versammelten gefahren. Man war gekommen. Hundertwasser zu sehen, dozieren zu hören. Wenn sich bislang noch nicht die Gelegenheiten geboten hatte, hier war sie gegeben: in den Bannkreis einer — wie auch immer — anderen Welt einzutreten, in Tuchfühlung die Sicht dessen zu ergünden, der sich in einem hehren Medium kommunikativer Vermittlung situiert hat. Trivialitäten, an Gemeinplatz Gemahnendes vermochte keinen Unwillen zu erregen, theoretische Hinkreien und manifeste Widersprüche blieben unwidersprochen. Ecco verbum quod venit ad ...!

Nicht wesentlich anders möchte man sich vorstellen, was sich weiland an biblischen Gestaden zuggetragen hat, der Aufbruch aus einer brüchig gewordenen Wirklichkeit zu neuen Sinngefügen. Auch bei Hundertwasser war metaphysisches Dunkel, wiewohl verküßt, kryptisch gelagert und dennoch allgegenwärtig. Die Spirale als das Prinzip des Umgriffenden. Ersichtlich zumindest dem, der nicht willens war, blindlings der Versuchung einer Traumwelt zu erliegen, der vordergründigen Aussage der Bilder auf den Leim zu gehen. Interesseloses Wohlgefallen wird sich Hundertwassers Faszination nicht entziehen können. Widersprüche sind vermieden, müssen zwischen Medium und Empfänger zwischengeschaltet werden, um das in Wort und Bild Herangetragene auf Distanz zu halten, nicht in begriffloser Empfindung restlos aufgeben zu lassen.

Die Welt ist schön, ist ein Paradies. Wer derartiges Hundertwasser vor dem Hintergrund seiner Bilder verkünden hört, möchte ihm beinahe glauben. Der Blick aus dem Fenster hilft

fahrgelassene Skepsis wieder ein. Und hier sollte sich zünftig Unbehagen breit machen, sollte Argwohn und Zweifel aus den Zuhörern aufsteigen. Doch nichts dergleichen. Naive Gläubigkeit ist gegen Zersetzungsgefahren immun. Willig folgt man dem Meister von Raum zu Raum auf den Fuß. Hundertwasser als Rattenfänger, als Charismatiker. Daß Hundertwasser nicht bemerkt, was hier an Aussage geleistet ist, ist ihm nicht zu verübeln. Wohl aber dem konsumhörigen Publikum. Daß bildende Kunst unter der Domäne begrifflicher Reflexion nicht zum Austrag kommen kann, ist ja schließlich axiomatischer Bestandteil des künstlerischen Aussageschatzes.

Es wäre billig, Hundertwasser im logisierenden Rastervorfahren auszusteigen und ihm aufzuzeigen, daß im Urteil von der Schönheit der Welt die Theoretisierung eines Atheoretischen vorliegt, die unzulässige Projektion subjektiver Wertgrößen in den Objektbereich, daß hier Wert und Sachverhalte sich zu hinkender Aussagenlogik vermengen, daß damit Ideologie, durchaus im pejorativen Sinn, angeboten ist.

Aber man muß Hundertwasser zubören können, müßte mit Geduld in ihn hineinfahren können. Das triviale Interesse des fragstellenden Publikums treulich bringt es zu keiner Erhellung. Man will dem Meister mit naivverschämter Fragestellerei Reverenz erweisen, will Interesse und Aufmerksamkeit bekunden. Volksschule seifigen Angedenkens.

Provokante Anlaufversuche werden von Hundertwasser nicht angenommen, vermögen ihn bestenfalls zu verschrecken. Man muß sich Mühe geben, sich behutsam an ihn heranzumachen, seine spezifische Sensibilität bedenken. Es wäre ein Leichtes, ihm an einer Partikularaussage festzumachen, eine Globalkritik daraus zu deduzieren. Was auch immer ausgesagt wäre — Hundertwasser wäre in diesem Destillat nicht großbar. Des kann man gewiß sein.

Wäre die von Hundertwasser scheinbar ausgemachte paradiesische Schönheit der Welt etwas Vorfindliches, a priori Vorgeordnetes, das unserem Einspruch und Hinwirken allemal vorausgeht, das im Medium der bildenden Kunst lediglich reproduziert sein will: dann freilich hätten wir an ihm einen platten Abbildrealisten per excellence. Kunst als inestöse Schweinerei, als Bühlerei um die Kunst einer feindlichen Wirklichkeit. Ein Abbildrealismus, dem es nicht darum zu tun ist, die Anthropik der Wirklichkeit herauszustellen, um sie real zum Austrag zu

bringen, sondern unerhörte Mystifikation. Fabrikslärm als Sphärenmusik, das Elend in leuchtenden Farben, das leidende Dasein als emanantischer Begeiß eufhorischer Spiraltbewegungen. Kunst als Sichtbrille, welche die Anthropik von Idee und Wirklichkeit eben im Medium der Kunst aufhebt, neutralisiert, und solcherart die Apologetik einer schlechten Positivität besorgt.

Gewiß, Hundertwasser hat sich der Kommerzialisierung der Kunst nicht entzogen. Die Straße folgt ihm auf den Fuß. Der Versuch, sich dem Diktat der Widersprüche zu entziehen, gerät nicht allzu überzeugend. Dient die technische Reproduktion von Artefakten der Gewinnmaximierung oder ist damit tatsächlich ein Weg eröffnet, ein quantitatives Mehr an künstlerischen Schönen zu erbringen? Oder gar, das Medium Kunst von der Besitzelite in die Allgemeinheit zu verbreitern, wie Hundertwasser glaubhaft machen will? Ist er sich dessen eingedenk, daß seine Druckerpresse mit jeder Geldpresse mehr an Verwandtschaft aufzuweisen hat, als vordergründlich ersichtlich ist? Daß sein künstlerischer Freiraum nicht so weit reicht, sich der kapitalistischen Marktgesetzlichkeit zu entziehen? Daß er Warenproduktion verrichtet, allgemeinen Tauschwert, Geld, Spekulationsobjekte produziert, wo der Mann nun sich in Schönheit kleidet und seine eigentliche Natur verleugert?

Aber die Verdächtigung, Hundertwasser wolle Wirklichkeit mystifizieren, Kunst als Neutralisationsinstrument, als Tünche für eine in höchstem Maße brüchig gewordene Welt anbieten, gleichsam Gift schmackhaft machen, findet an ihm keine Haftfläche. Die aporetische Zwangslage, in welche — offensichtlich vorzilig — das Urteil von der Schönheit der Welt versetzt hat, findet seine Auflösung in einer Ontologie des Noch-Nicht. Kunst will für Hundertwasser das Fenster in eine bessere Wirklichkeit sein, antizipierte Zukunft. Das Bild des Noch-Nicht will er vorantreiben, die Werdemöglichkeit der Realität anzeigen, den Gradmesser anbieten, die Differenz von Wirklichkeit und angelegter Möglichkeit zu bemessen.

Die Möglichkeit, freilich die Möglichkeit als Möglichkeit der Wirklichkeit, für den paradiesischen Zustand der Welt ist geortet. Bleibt übrig, sie anzufassen. Ob damit nur aufgezeigt ist, was zu tun ist, oder ob damit schon am Differenzabbau von Idee und Wirklichkeit gearbeitet ist, wäre allenfalls noch die kritische Restfrage, die Hundertwasser sich gefallen lassen mußte.

Elmar Waibl

Der »SKOLAST« an seine Leser

Seit vielen Jahren haben wir Südtiroler Hochschüler unsere eigene Zeitschrift, den „SKOLAST“. Er hat — meistens mit Schwierigkeiten verbunden — dazu beigetragen, die im In- und Ausland verstreut lebenden Studenten über das kulturelle, politische u. wirtschaftliche Geschehen in Südtirol zu informieren und zur Diskussion anzuregen. Der jährliche Wechsel im Pressereferat hat jedoch eine Kontinuität in der Art und Gestaltung sowie in seinem inhaltlichen Profil verhindert. Was einerseits als Positivum zu bewerten ist, hat andererseits zur Verunsicherung der Leser geführt. Die Spontaneität der einzelnen Gestalter des „SKOLAST“ war irgendwie auch mit Wirkkur gegenüber dem Leserinteresse verbunden, das me erkundet wurde.

Diese Umfrage unter den „SKOLAST“-Lesern dient somit dem Zweck, den Südtiroler Studenten an der Gestaltung seiner Zeitschrift zumindest indirekt zu beteiligen. Er soll dazu beitragen dem „SKOLAST“ eine Linie zu geben, die von der Mehrheit der Leser getragen wird. Da der „SKOLAST“ jedoch nicht nur eine Studentenzeitung ist, sondern auch von zahlreichen Akademikern abonniert und gelesen wird, sind auch diese gebeten, diesen Fragebogen ausgefüllt zurückzusenden. Nicht zuletzt wird zu klären sein, ob der „SKOLAST“ eine mehr an den Studenten orientierte Ausrichtung erhalten, oder ob er darüber hinaus eine Ausweitung in Richtung Magazin für Politik, Kultur, Wirtschaft usw. erfahren soll. Ihre Meinung dazu würde uns interessieren.

Die Redaktion

1. Wie oft lesen Sie den „SKOLAST“?

- regelmäßig
manchmal
selten

2. Was bevorzugen Sie?

- Artikel zur Landes- und Parteipolitik
Lokale Kulturberichte - Kommentare
Lokale Wirtschafts- und Sozialberichte
Abhandlungen zu Schul- und Bildungsfragen
Behandlung von Themen aus der lokalen Massenkommunikation
Theoretische Abhandlungen zu verschiedenen Themen
Informationen über die SH

(Bitte geben Sie Ihre Wünsche bei dieser und den beiden nächsten Fragen durch Benotung mit 1, 2 usw. bekannt)

3. In welcher Form soll der „SKOLAST“ die Inhalte anbieten?

- Bericht
Kommentar
Glosse
Interview
Reportage
Dokumentation
Besprechung

4. Worauf sollte bei der Gestaltung des „SKOLAST“ besonderer Wert gelegt werden?

Aktualität	<input type="checkbox"/>
Niveau	<input type="checkbox"/>
Seriosität	<input type="checkbox"/>
Unabhängigkeit	<input type="checkbox"/>
Übersichtlichkeit	<input type="checkbox"/>
Gute Lesbarkeit	<input type="checkbox"/>
Ansprechende Gestaltung	<input type="checkbox"/>

5. Wie oft sollte der „SKOLAST“ erscheinen?

wöchentlich	<input type="checkbox"/>
monatlich	<input type="checkbox"/>
vierteljährlich	<input type="checkbox"/>

6. Wie kommen Sie zur Lektüre des „SKOLAST“?

Abonnent	<input type="checkbox"/>
SH-Bude	<input type="checkbox"/>
Bibliothek	<input type="checkbox"/>
Freunde	<input type="checkbox"/>
Buchhandlung	<input type="checkbox"/>

7. Haben Sie Themenvorschläge für nächste Nummern?

8. Würden Sie an der Gestaltung mitarbeiten?
 Wenn ja, in welcher Art?
 Geben Sie bitte Ihre Adresse bekannt!

Ja	<input type="checkbox"/>
Nein	<input type="checkbox"/>

9. Sonstige Angaben:

10. Dürfen wir Sie noch um einige persönliche Angaben bitten, die für die Erfassung des „Leserbildes“ wichtig sind, Ihre Anonymität aber nicht berühren?

Geschlecht:	
weiblich	<input type="checkbox"/>
männlich	<input type="checkbox"/>
Alter:	
unter 20	<input type="checkbox"/>
20—25	<input type="checkbox"/>
26—30	<input type="checkbox"/>
über 30	<input type="checkbox"/>
Schulbildung:	
Pflichtschule	<input type="checkbox"/>
Matura	<input type="checkbox"/>
nicht abgeschlossenes Hochschulstudium	<input type="checkbox"/>
abgeschlossenes Hochschulstudium	<input type="checkbox"/>

Beruf (mit Angabe der Position)

Bericht über die 17. SH-Studententagung

Vorausgeschichte werden soll ein Zweifaches. Erstens: Diese Tagung soll nur als ein Glied in einer Kette verstanden werden, nicht als eine in sich abgeschlossene Diskussion mit mehr oder weniger Verbindlichkeit. Es war weder ein Anfang noch das Ende eines Engagements zum Universitätsproblem in Südtirol. Zweitens: Der folgende Bericht ist nicht als eine Bewertung der Studententagung anzusehen, sondern als bloßer Bericht über den Ablauf und die Inhalte derselben. Welchen Stellenwert die Studententagung von der Sicht der Organisatoren aus hat, das versucht Elmar Locher in einem eigenen Artikel in dieser Nummer darzustellen.

Vor dieser Tagung

Im Frühjahr dieses Jahres wurden vier vorbereitende Gespräche mit den verschiedenen deutschsprachigen Verbänden und Parteien geführt, unter denen es nicht möglich war, auch nur zu einem prinzipiellen Konsens zu kommen (Ausführlich ist darüber im SKG-LAST 1974/2, S. 7 ff. berichtet).

Die häufigen Gespräche unter uns Studenten brachten uns nun immer mehr zur Überzeugung, daß eine Resignation fehl am Platze wäre. Unsere Kontakte mit dem Institut für Erziehungswissenschaften in Innsbruck, mit Dr. Rainer Seberich von der SMG, mit Prof. Paolo Prodi, dem Rektor der Universität Trient, mit der Architekturgruppe Bozen-Venedig (mit einer Gruppe Studenten und Prof. Sergio Los), mit Vertretern der Sommerkurse der Universität Padua in Brixen und verschiedenen Vertretern deutsch- und italienischsprachiger Parteien und Gewerkschaften zeigten vielfaches Interesse von verschiedenster Seite, relativ große Übereinstimmung bei der Definierung von Bedürfnissen und auch einen allgemeinen Konsens über die wichtigsten Funktionen, die eine universitäre Einrichtung im Lande hätte. Divergenzen zeigten sich erst stark bei den verschiedenen Realisierungsmodellen: manche konnten sich nur traditionelle Betriebe mit dem einen oder anderen Institut vorstellen, andere meinten, es müsse unbedingt auf europäischer Ebene was zu machen sein, oder: es dürfte als Gegenstück zu Trient nur deutsch sein, andere wieder vertraten, es solle so etwas wie ein interdisziplinäres Institut für praxisnahe

Weiterbildung sein... Und die DOLOMITEN meinten, daß 88% der deutschsprachigen Wähler hinter der SVP stünden und deshalb auch ohne Diskussion gegen jede Form von Universität wären (indirekt also für das Weiterwachsen der parauniversitären Einrichtungen plädierten).

Manche hielten es für zu früh, andere für zu spät, in diesem Augenblick eine Studententagung anzusetzen.

Wir setzten sie trotzdem an. Daß aber diese Studententagung kein einheitliches Modell gebären würde, das war uns im SH-Vorstand klar. Es schien uns aber trotzdem notwendig, gerade in diesem Augenblick, wo vielfach so wenig und so einseitig die Information fließt, eine Tagung abzuhalten, um durch wichtige Gegeninformation vom gesetzlichen, pragmatischen und politischen Standpunkt her auf die Möglichkeit oder Notwendigkeit einer eigenen universitären Einrichtung hinzuweisen.

Das erste Motiv für eine Tagung war also Information. Dadurch sollte eine Diskussion angeregt werden, die Lösungsmodelle erbrächte. Dem Modellsuchen sollte eine Diskussion über Strategien zur Reafizierung dieser erarbeiteten Vorstellungen folgen.

Was ist nun passiert?

Die Krise der Universität und mögliche Auswege

Zum Referat von Prof. Sergio LOS von der Universität Venedig

Die Krise der Universitäten besteht darin, daß diese den objektiven Bedürfnissen der Gesellschaft nicht entsprechen. Ein Hauptübel ist die Trennung zwischen geistiger und manueller Arbeit, zwischen Projektanten (Leiterfunktionen) und Ausführungen, zwischen Informationsmanagern und Handlangern der Energie-Materie, denen jede Kritikfähigkeit abgesprochen wird. Das spiegelt sich zum Beispiel auch wieder in der Trennung zwischen Berufsschulen und „weiterführenden“ Schulen.

Ein Fortschritt gegen diese Tendenzen ist die Einführung der 150 Stunden, die von der Arbeiterschaft selbst getragen werden.

Die Universität in dieser Krise erfordert eine Veränderung auf den Ebenen

der Organisation sowohl der wissenschaftlichen als auch technologischen Strukturen in die Richtung einer „Technologie kleinerer Schritte“, die die Beziehungen zwischen Universität und Gesellschaft reaktivieren könnten.

Eine permanente Erziehung, die ständige Koppung von Arbeit und Unterricht, was von vielen als Möglichkeit zur Krisenbewältigung gesehen wird, ist aber z.Zt. unrealistisch, wenn man die konkreten politischen Kräfte betrachtet.

„Uno stabile intreccio tra scuola e lavoro comporta una minore concentrazione dei processi educativi nel tempo e nello spazio, un continuo aggiornamento delle competenze in funzione di ruoli non prevedibili indotti da trasformazioni sociali, un prolungamento delle attività educative per tutta la vita, un interscambio di esperienze tra università e territorio, una struttura organizzativa radicalmente rinnovata.“

La trasformazione dei livelli di organizzazione implica la transizione verso un sistema produttivo basato su tecnologia a piccola scala (soft technologies).

Le tecnologie a grande scala consumano enormi quantità di risorse naturali non rinnovabili, la loro produttività energetica si abbassa sempre più rapidamente tanto da mettere in crisi le attuali fonti di energia.“

Wenn wir heute eine Universität projektieren und sie würde sofort realisiert, so würden frühestens in sechs bis sieben Jahren die ersten Akademiker produziert sein. Es ist unwahrscheinlich, daß dennoch die heutigen Organisationsniveaus brauchbar sind. „Technologien kleiner Schritte“ sind die einzige Alternative und können die ökonomischen und ökologischen Eigenheiten unseres Landes berücksichtigen.

„Se a Bolzano finora la polemica intorno all'Università opponeva due gruppi: uno conservatore che sosteneva il tradizionale assetto agricolo e l'altro progressista che in funzione della industrializzazione chiedeva l'Università, un terzo gruppo dovrebbe ora farsi avanti a proporre una scuola capace di promuovere ricerche e sperimentazioni pratiche nel campo delle tecnologie a piccola scala.“

Die Projektanten haben dabei nicht die Aufgabe, ein fixes Projekt zu erstellen, sondern vielmehr einen eingeleiteten dynamischen Prozeß zu überwachen. Diese Aufgabe kann am besten dezentralisiert im jeweils zu erorschenden Gebiete geleistet werden

(vielleicht gemeinsam mit den 150 Stunden).

Diese kleinen zerstreuten Institute würden auch eine interdisziplinäre Bildungsarbeit ermöglichen.

Die zentrale Einrichtung hätte als Hauptaufgabe, die verschiedenen Forschungsprojekte zu koordinieren und zu strukturieren.

Regionaluniversität als Hypothese

Das zweite Hauptreferat, gehalten vom Prof. Paolo PROBI, dem Rektor der neuen Universität in Trient, befaßte sich mit dem Modell einer regionalen Universität.

Angesond davon, daß eine Universität in unserer Region (ob Trient oder beide) eine Vermittlerrolle zwischen deutscher und italienischer Kultur hätte, und vorausgesetzt, daß die Zukunft dem Vereinigten Europa gehören wird, zeichnete er die Bedeutung der Regionen, speziell die der Alpenländer, als historische Einheiten und unter-

Akademiker und Maturanten nach geographischer Zone von 1961 bis 1971, bezogen auf die Gesamtbevölkerung über 6 Jahre

Jahr	Provinz Trient				Provinz Bozen				Italien	
	Akademiker		Maturanten		Akademiker		Maturanten		Akademiker	Maturanten
	Nr.	%	Nr.	%	Nr.	%	Nr.	%	%	%
1961	2.703	0,8	13.811	3,3	2.762	0,6	9.653	3,3	1,0	3,3
1966	3.527	1,0	15.149	4,1	3.667	1,1	13.409	4,0	1,3	4,2
1971	5.217	1,4	23.013	5,9	4.570	1,2	20.203	5,5	1,8	6,0

Schüler der höheren Mittelschulen

Jahr	Trentino		Südtirol		Region Trentino-Südtirol	
	Anzahl	Index	Anzahl	Index	Anzahl	Index
1960/61	4.093	100,0	4.543	100,0	8.636	100,0
1961/62	4.308	105,2	4.668	102,8	8.976	108,9
1962/63	4.645	113,5	4.864	107,7	9.449	109,4
1963/64	5.179	126,5	5.181	114,0	10.360	120,0
1964/65	5.991	146,4	5.509	121,3	11.500	133,2
1965/66	6.805	166,3	5.767	126,9	12.572	145,6
1966/67	7.975	193,4	6.495	143,0	14.410	166,9
1967/68	8.536	208,5	7.311	160,9	15.847	183,5
1968/69	9.003	219,9	8.109	178,5	17.072	197,7
1969/70	10.010	244,6	8.590	189,1	18.600	215,4
1970/71	10.640	259,9	9.503	209,2	20.143	232,2
1971/72	11.221	274,1	10.677	235,0	21.898	253,6
1972/73	11.852	289,5	11.279	248,3	23.131	267,8
1973/74	12.483	305,0	12.557	276,1	25.030	289,8

Quelle: ISTAT Bollettino mensile di statistica

Übergangsquoten von der Oberschule zur Universität 1967/68 und 1970/71

Geogr. Zone	Absolv. Oberschule 1967/68	Eingeschr. im 1. Jahr für 1967/68	Übergangsquote %	Absv. Obersch. 1969/70	Eingeschr. 1. Jahr für 1970/71	Übergangsquote %
1) Italien	137.788	106.458	77,3	226.769	192.325	84,8
2) Trient	1.011	744	73,6	1.385	*) 1.109	*) 80,1
3) Bozen	788	491	62,3	1.044	*) 727	*) 69,6

*) Geschätzte Daten

Absolventen der Oberschule 1966/67, die ihr Studium nach dem Standort der Universität fortsetzen wollen

Wohnsitz	in der Wohnsitz-gemeinde		in anderer Gemeinde der Provinz		in anderer Provinz		in anderer Region		im Ausland	
	Nr.	%	Nr.	%	Nr.	%	Nr.	%	Nr.	%
Trentino-Südtirol	50	4,7	10	1,0	31	3,0	873	83,7	78	7,6
Nordost-Italien	3.166	23,5	727	5,4	6.407	47,6	3.060	22,7	102	0,8
Italien	25.413	29,2	12.454	14,3	27.995	32,2	20.965	24,1	228	0,2

Wahl der Studienrichtung der Hochschulabsolventen 1973/74

Wohnsitz	Natur-wiss.	Medizin	Technik	Land-wirt.	Wirtsch.-wiss.	Fas.	Lit.-Fächer	Anderer	Unent-schlossen	Insgesamt
	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%
Region	5,0	18,7	15,0	7,5	10,0	8,1	10,0	12,5	13,2	100
Trient	3,0	10,7	7,7	1,5	7,7	18,6	7,7	26,2	16,9	100
Bozen	4,4	16,4	12,9	5,7	9,3	11,3	9,3	16,4	14,3	100

stisch, daß selbstverständlich die völkischen Minderheiten geschützt und bei uns „nach dem Geist und dem Buchstaben des Paketes“ auch im universitären Bereich berücksichtigt werden müssen.

Massenuniversitäten mit ihren von Raum und Zeit getrennten Lehrstühlen gehören der Vergangenheit an. Nur kleine und bewegliche Universitätsinstitutionen können die konkreten Probleme im menschlichen Leben berücksichtigen. Diese müssen offen für alle sein, nicht nur für eine Elite. Ferner: Lehre ist nur möglich, wenn sie mit Forschung gekoppelt wird (hauptsächlich aus didaktischen Gründen). Weiters setzt Prodi voraus, daß eine Universität nicht nur als eine Akademi-kerfabrik gesehen werden darf. Das Modell der permanenten Erziehung und der rasche Fortschritt der Wissenschaft und der Technologie fordern eine „Osmoste zwischen Universität und Gesellschaft“.

Dies setzte Rektor Prodi seinem Modell einer regionalen Universität voraus. Wir müssen von „Chaos isolierter Initiativen, die kulturell und sozial unzureichend sind“, wegkommen. Gesamtstaatlich beginnt man deshalb zu planen. Mit dem Gesetz Nr. 580 vom 30. 11. 1973 (Misura urgente per l'Università) bekommen die Regionen nicht nur mehr Kompetenzen auf universitärer Ebene, sondern sie wurden auch aufgefordert, ihre Meinungen abzugeben über neu zu errichtende Universitäten, speziell mit Instituten, die für die regionale Entwicklung als nützlich erachtet werden. Einige Regionen haben sich bereits geföhrt. — Wenn sonst bei der gegenwärtigen Wirtschaftskrise Universitätsneubauten ungern unterstützt werden, so trifft das kaum bei Regionen zu, die noch keine besitzen (in Italien sind das nur Lukanien und Trentino-Südtirol).

Voraussetzung für die Errichtung einer regionalen Universität ist natür-

lich, was im Sonderstatut der Region (Art. 19, letzter Absatz) festgehalten ist: „Bei einer eventuellen Errichtung einer Universität in Trentino-Südtirol muß der Staat zuerst die Meinung der Region und der Interessierten Provinz anhören“.

Einige einfache Statistiken aus dem sozialen Kontext zeigen die Möglichkeit, Nützlichkeit und vielleicht auch die Notwendigkeit einer universitären Einrichtung auf.

Die Region hat über 800.000 Einwohner. Auf den italienischen Durchschnitt überragen, würde das bedeuten, daß die Region z.Zt. 11.800 Studenten haben müßte. Die Oberschüler sind vom Schuljahr 1960/61 bis 1973/74 um 189,8 Prozent angewachsen, das sind heute bei 3.000 Maturanten jährlich. Wenn von diesen 80% (der staatliche Durchschnitt liegt bei 85%) weiterstudieren, so gibt es jedes Jahr 2.400 Immatrikulationen.

Konkrete Vorschläge machte Prodi folgende: 1. Ein regionales Universitätssystem mit einem Sitz in Trient (sozio-ökonomische und naturwissenschaftliche Disziplinen) und einem in Bozen (literarisch-historisch-pädagogische und juristische Disziplinen).

2. Realisierungsmöglichkeiten in organisatorischer Hinsicht: nur gemeinsame Programmierung, aber geteilte akademische und verwaltungsmäßige Führung oder besser: gemeinsame Organisation mit voller Gleichberechtigung beider Sprachgruppen in Verwaltung und akademischer Leistung. 3. Interne Charakteristik dieser regionalen Einrichtung: volle Doppelsprachigkeit (Garantie für beide Sprachen auch in Trient), Studentenaustausch aus dem deutschen und italienischen Sprachraum, Ausbau der Studententitelanerkennung, freie Anstellungsmöglichkeit bundesdeutscher und österreichischer Professoren als fixe Ordinarien neben Gastprofessoren. Der Hauptpartner wäre dabei natürlich Innsbruck.

Dies ergäbe keine typische herkömmliche Universität, sie ließe nicht Gefahr, drittrangig zu werden, sondern wäre eine solide Kulturbrücke für Dokumentation, für Forschung und für Lehre und würde die Kultur des Trentiner, der Südtiroler und der Ladinier berücksichtigen.

Realisierbarkeit des Projektes:

1. politisch: hängt allein vom Willen der Südtiroler ab. Die Italiener und auch „al mondo della cultura di lingua germanica“ sind dafür.

2. juristisch: Ein italienisches Sondergesetz könnte genügen.

3. finanziell: Nach Art. 10 des Gesetzes vom 30. 11. 1973 haben Regionen ohne Universität den Vorrang. Auch sind die Gehälter für 2500 Lehrstühle gesichert. Es kommt nun darauf an, ob wir uns wehren, oder ob wir die Gelder unter die übrigen italienischen Universitäten aufteilen lassen. Was die Finanzierung der Gebäude betrifft, müßte die italienische Regierung zu erst gefragt werden, bevor man mit hypothetischen Finanzierungsschwierigkeiten eine Universitätserrichtung ausschließt.

4. kulturell: Die Region ist als Raum groß genug, sowohl für Lehre als auch für Forschung.

Dringlichkeit: Hauptsächlich zwei Gründe sprechen für eine schnelle Entscheidung: die soziale Entwicklung wird diese kulturelle Lücke besonders zu spüren bekommen. Und ferner: bis zum 30. November 1974 müssen die Regionen ihre Vorschläge über Universitätsneubauten und -erweiterungen der Regierung vorgebracht haben. Diese werden die Unterlage für weitere Programmierungen sein. Wollen wir mit einer Vogel-Strauß-Politik den Autobus abfahren lassen?

Wenn dieses regionale Modell abgelehnt wird, wird Trient als eigener Universitätssitz entwickelt werden müssen, auch mit Öffnung zum deutschen Sprachraum hin. Das Etchetal (Trentino und Südtirol) hätte „la vo-

Erstinskribierte an der Universität 1967/68 nach Studienrichtung

Wohnsitz	Naturwiss.		Medizin		Technik		Landwirtschaft		Wirtschaftswiss.		Jus		Lit. Fächer		Andere	
	Nr.	%	Nr.	%	Nr.	%	Nr.	%	Nr.	%	Nr.	%	Nr.	%	Nr.	%
Trient	60	8,1	59	7,9	71	9,5	23	3,1	113	15,2	16	2,1	274	36,8	128	17,3
Bozen	41	8,3	26	5,3	47	9,6	16	3,2	85	17,3	26	7,3	165	33,6	75	15,4

Wahl der Studienrichtung der Oberschulabsolventen 1973/74 nach Standort der Oberschule *)

Wohnsitz	Studieren nicht weiter	Studieren weiter	unentschlossen	Trient	Venetien	Lombardien	Trent./Bozen	Aud. Reg.	Ausland	Insges.
	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%
Trient	22,3	77,7	13,6	21,9	34,4	9,4	17,5	3,2	0,6	100
Bozen	44,9	55,1	16,9	4,3	13,8	1,6	1,6	3,1	53,8	100
Region	30,5	69,5	14,2	16,9	28,4	7,1	7,1	3,2	16,0	100

*) Daten geschätzt aufgrund von:

— 240 Absolventen der Provinz Trient (Gesamtzahl ca. 1600 Absolventen)

— 150 Absolventen der Provinz Bozen (Gesamtzahl ca. 1450 Absolventen)

cazione naturale e storica ad essere un ponte fra i popoli germanico e italiano.

Wieviele verschlingt die Schule?

Akademikerbedarf in der Schule

Dr. Rainer SEBERICH nennt die „Anreicherhaltung und den Ausbau des deutschsprachigen Schulwesens in quantitativer und qualitativer Hinsicht die wichtigste kulturpolitische Aufgabe der Südtiroler Volksgruppe.“

Schon allein für die Lehreraus- und weiterbildung postuliert Dr. Seberich eine eigene entsprechende Hochschulinstitution in Südtirol. In Anbetracht des Gesamtbedarfs, der Rechtslage und der besonderen Bedürfnisse des Südtiroler Schulwesens, aber auch der Notwendigkeit der Pflege der eigenen Kultur und der damit zusammenhängenden kultur- und gesellschaftspolitischen Bedürfnisse sei dies die einzige zufriedenstellende Lösung.

Seberich beweist ausführlich, wie groß die Schulmisere in Südtirol ist:

Lehrer in der deutschsprachigen Staatlichen Mittelschule:

Fächer:	1967/68			1972/73		
	Insgesamt Nr.	ohne Titel Nr.	%	Insgesamt Nr.	ohne Titel Nr.	%
liter. Fächer	277	257	91,0	461	389	84,4
Math./Naturkunde	146	129	92,1	228	210	92,1
Italienisch	153	120	81,7	237	155	65,5
A-Fächer (Voraussetzung „Laurea“)	570	506	88,8	926	754	81,5

Überprüft man den Zuwachs an Lehrpersonen in diesen fünf Jahren, so ergibt das, daß jährlich durchschnittlich 67 Lehrkräfte neu eingestellt wurden, wovon 50 jeweils keinen gültigen Studientitel besaßen.

Bei den B-Fächern (= Fächer, bei denen ein Diplom vorgeschrieben ist: Kunst- und Musikerziehung, Werken, Turnen und Religion) schaut es nicht so katastrophal aus.

In den deutschen Oberschulen waren 1967/68 von den 269 Lehrern 92 (34,2%) ohne Titel, fünf Jahre später waren es von 479 Lehrern 154 (28,5%).

Das sind die derzeitigen Gegebenheiten. Manche meinen, mit Hilfe der Supplenten- und Werkstudentenkurse und durch die Absolventen der Universitäten des Aus- und Inlandes sei dieser Nachholbedarf bald gesättigt. Abgesehen davon, daß diese Ausbildungswege qualitativ unserer Schule nicht genügen (obwohl vielleicht alle in einem bestimmten veralteten Wissensgebiet überqualifiziert sein mögen, in Pädagogik, Methodik und Didaktik sind sie meist nicht ausgebildet, ebenso nicht für die spezifische soziale und sprachliche Situation), auch quantitativ überfordert uns die Entwicklung.

Im vergangenen Schuljahr waren in der deutschsprachigen Mittel- und Oberschule insgesamt 23.500 Schüler. 1980 werden es mindestens 25.500 sein (merke: bisher wurden Vorausberechnungen immer von der Wirklichkeit übertroffen!). Derzeit haben wir über

2.000 Lehrer, davon unterrichten 1415 Fächer, für die das Doktorat vorgeschrieben ist. Ohne daß jetzt mit dem Ausbau einer Freizeitschule oder mit dem Biennium gerechnet wird, ergibt das bei gleichem Lehrer-Schüler-Verhältnis (1:10) für das Jahr 1980/81:

Insgesamt 2.350--2.650 Lehrer
davon: 1.750--1.850 A-Lehrer
davon an der Oberschule ca. 220.

Bei derzeit 893 ausgebildeten Lehrern, davon 490 A-Lehrern, ergibt dies einen Ausbildungsbedarf von 1.400 bis 1.750 Lehrern, davon ca. 1.300 A-Lehrern. Um bis 1980 den Lehrerberuf an A-Lehrern zu decken, bräuhete es aber jährlich 200 bis 230 ausgebildete Akademiker, die in den Schuldienst eintrieten. In den letzten Jahren waren es im Durchschnitt aber nur 50 Akademiker (davon ging der Großteil in die Oberschule).

Auch rechnete Dr. Seberich aus, wieviele allein für die deutschsprachige Schule ständig im Ausbildungstadium sein müßten, nachdem der Nachholbedarf bereits gedeckt wäre. Er kam zum Ergebnis, daß ständig bei 1.600

inskribiert sein müßten. Rechnet man noch jene Lehrer mit, die jährlich im „Kontaktstudium“ (= Weiterbildung) stehen, so käme man auf gut 2.000 Hörer. Das betrifft allein die deutsch- und ladinischsprachigen Schulen, deren Lehranzahl zwischen 4.000 und 5.000 liegt. Es ist nämlich anzunehmen, daß die Ausbildung der künftigen Volksschullehrer nicht mit einer verkürzten Oberschule abgeschlossen sein wird. Nicht mitgerechnet ist aber das „Biennium“, das 9. und 10. Pflichtschuljahr.

Diese universitäre Einrichtung zur Lehreraus- und weiterbildung sollte interdisziplinär geführt werden und könnte den Namen „Institut für praxisnahe Bildung“ tragen.

80% der Südtiroler für eine Universität?

Diese Zahl aus einer Umfrage der Bildungsplanung zirkulierte durch die Presse und wurde von den DOLOMITEN ganz böse aufgenommen. Naise SHeler, ja der Vorsitzende selbst, haben in undiplomatischer Weise diese runden Zahlen ausgeplappert: 80% der deutschsprachigen und 90% der Italienischsprachigen Eltern seien laut Umfrage für eine Universität im Lande.

Frau Dr. Eva Köckels-Stangl, Dozentin im Institut für Erziehungswissenschaften in Innsbruck und Dr. Peter Gastlner, Assistent ebendort, legten auf der Studententagung dar, wie das

Umfrageergebnis wirklich aussieht und wie es zu verstehen ist.

Bei der Intensivuntersuchung zur Bildungsplanung wurde der Jahrgang 1959 ausgewählt. Durch bewährte Auswahlmechanismen wurde auch ein Teil der Eltern von Kindern dieses Jahrganges 1959 eruiert und schriftlich befragt. Es antworteten 897 deutschsprachige Eltern, das sind 95% aller Befragten, und 359 italienische Eltern, das sind 89%.

Unter den verschiedenen Fragen befragten zwei das Universitätsproblem. Eine Frage war positiv formuliert: „Sollte man in Bozen eine Universität haben, an der deutsch und italienisch studiert werden kann?“ und eine negativ: „Es wäre gar nicht gut, wenn es in Bozen eine doppelsprachige Universität gäbe!“

Das Ergebnis:

1. positiv gestellte Frage:		stimmt	
deutsche Eltern		81%	
ital. Eltern		93%	
stimmt teilweise		11%	8%
		5%	2%

2. negativ gestellte Frage:		stimmt	
deutsche Eltern		14%	
ital. Eltern		28%	
stimmt teilweise		15%	71%
		8%	64%

Frau Köckels meinte, daß man nicht fehl gehe, wenn man annehme, daß 65 bis 90% der deutschsprachigen Bevölkerung (jüngere gegen 90%, ältere gegen 65%) für eine Universitätsgründung seien.

Was will die SH?

Vorstellungen des SH-Vorstandes

Zunächst soll definiert werden, was wir nicht wollen: eine Volluniversität, reine Werkstudentenkurse, einen traditionellen Lehrbetrieb, jenseits von Raum und Zeit („neutrale Wissenschaftlichkeit“), eine große Akademikerfabrik, ein Diskriminierungsinstrument einer Volksgruppe, eine in Fachidioten zersplitterte Institution.

Ausgehend davon, daß zunächst der größte Bedarf für die Schule gegeben ist, soll mit der Lösung dieses Problems begonnen werden. Dies könnte am ehesten ein sozialwissenschaftlich ausgerichtetes Institut mit Ausbildungsschwerpunkten in Pädagogik, Psychologie, Soziologie und literarischen Fächern leisten. Dieses Institut sollte interdisziplinär und dezentralisiert arbeiten, d.h. daß verschiedene Fachleute zusammenarbeiten und daß die Institution nicht auf Bozen allein beschränkt wäre. Sie sollte je nach gestelltem Problem in der Art des Projektstudiums an Ort und Stelle arbeiten. Selbstverständlich braucht es eine zentrale Struktur für Information (einführende Blockvorlesungen beispielsweise), für Organisation (durch ein kooperatives Wissenschaftlerteam

und ein Sekretariat) und Koordination der verschiedenen Studiengruppen und Forschungsarbeiten, versehen mit den notwendigen Infrastrukturen wie Bibliothek, Räumlichkeiten, usw.

Eine bewegliche Studienordnung (ausgerichtet hauptsächlich für Lehramtskandidaten — „magistero“) mit weitgefächelter theoretischer Fundierung für alle; nach oben hin aufgefächert mit breitem Spielraum für kleine dezentralisierte Studiengruppen (Laboratorien); Abschluß mit „Laurea in pedagogia“, „Lingua e letteratura straniera“, „lettere“...

Juridisch: gekoppelt mit Trient (genaue Formel müßte studiert werden!).

Finanzierung: größtenteils durch den Staat (siehe weiter oben: Ausführungen von Prodi!), teils durch die Region, und etwas vom deutschsprachigen Ausland (warum nicht, wenn z.B. Trient bereits eine halbe Milliarde von

Boni gekriegt oder zugesichert bekommen haben soll!).

Wir sind der Meinung, daß dieses Modell viele Vorteile hat. Einmal: es kann klein beginnen und je nach Bedarf wachsen. Zweitens: Durch die Dezentralisierung und den Praxisbezug ist ein Nutzen für die gesamte Bevölkerung eher gewährleistet als durch bisherige universitäre Einrichtungen. Auch könnten hier die Erwachsenenbildung und die 150 Stunden der Arbeiter einen Aufhänger haben.

Drittens: Forschung und Planung kann von eigenen Leuten effizienter betrieben werden als durch ein paar ausländische Fachleute (vgl. die Pleite der Raumordnungsplanung). Viertens: Diese Institution zur Aus- und Weiterbildung könnte der Hauptmotor einer permanenten Erziehung und eine Quelle ständiger geistiger Innovation werden.

Abschluß der Tagung

Stellungnahmen der Parteien und Gewerkschaften (vgl. dazu Elmar Locher, „Einige kritische Anmerkungen zur Studientagung“). Die Tagung selbst soll, wie eingangs in diesem Artikel erwähnt, kein Abschluß sein, sondern der Start zu einem präziseren Engagement. Ein Termin zur weiteren Aktion ist bereits fixiert. Es kann aber noch nicht gesagt werden, wer alles und wie man sich zu einem Minimalkonsens zusammenraufen wird. Wir dürfen nicht aufhören, mit Argumenten zu kämpfen. Vielleicht siegt doch einmal die bessere Idee? — Oder soll weiterhin zwischen „Notstandsgesetzen“ und „stillen pragmatischen Lösungen“ herumgewurstelt werden?

Sepp Kußstatscher

Einige kritische Anmerkungen zur Studientagung

Es gilt erneut die beiden Ebenen anzugeben, auf denen wir operieren wollten.

1. Die Ebene der Modelldiskussion;
2. Die operative Ebene.

Wir waren der Meinung, daß diese beiden Ebenen eng zusammengehören und beide nur in ihrer Abhängigkeit sinnvoll behandelt werden könnten. Es gilt weiterhin, in unserem Operationsplan den Zeitfaktor und den institutionellen Rahmen, innerhalb dessen wir sprechen wollten, zu berücksichtigen.

Zu 1:

Zu bewerten war für uns die Bildungsdiskussion, die sich in verstärktem Ausmaß auch publizistisch, und damit einem größeren Publikum zugänglich, niedergeschlagen hatte. Das bedeutete für die Argumentationsbasis der SH eine Verlagerung der Diskussionsschwerpunkte von der Studientagung 1970 (Universität in einem zweisprachigen Gebiet und damit die Frage der soziokulturellen Unterschiede) auf bildungsökonomische Fragen.

Hier nun haben wir die Diskussion zur Bildungsplanung aufgenommen und wir haben gleichzeitig die Kritik ausgemacht, die einer von Kapitalinteressen verordneten Bildungsplanung aufgerechnet wird, nämlich die grundsätzliche Schwierigkeit, in bestimmten Sozial- und Wirtschaftssystemen in Teilbereichen Planungsmomente effizient durchzusetzen. Auch hier versuchten wir, diese Diskussion zu rezipieren und aus den Widersprüchen herauszukommen. Dies schien uns notwendig, da versteckt auch immer von den politischen Verantwortlichen von einem volkswirtschaftlichen Ansatz aus gegen eine Universität argumentiert wurde. Alternativen boten sich für uns auch im Anschluß an die alternativen Bildungsvorschläge an, die die

Gewerkschaften in Italien verstärkt, in Deutschland nur im Ansatz eingebracht haben.

Wir kamen dann in diesen Diskussionszusammenhängen zum Vorschlag des Laboratoriums, das unseres Erachtens immer noch und gerade für unsere Situation eine realisierbare Möglichkeit darstellen könnte.

Auch der Zeitfaktor und der institutionelle Rahmen spielten in diesen Überlegungen eine Rolle, da wir glaubten, in absehbarer Zeit schon ein solches Laboratorium (oder Institut) errichten zu können. Daher wurden auch mit Innsbruck und Trient Vorgespräche geführt. Allerdings ergab sich die Schwierigkeit, daß man in Trient von anderen wissenschaftstheoretischen Voraussetzungen zur Universität ausging und wir damit auf einen möglichen Kompromiß hinarbeiten mußten (wieweit ließen sich die Vorschläge Trients und die Vorstellungen der SH und der Architekturgruppe Bozen-Venedig auf einen gemeinsamen Nenner bringen?). Diese neue Situation blieb nicht ohne Folgen für die Studientagung selbst.

Zu 2:

Wir wollten auch durch die Studientagung versuchen herauszubekommen, wie nach der Studientagung die praktische Arbeit vorangetrieben werden könnte.

Der Vorwurf wurde gemacht, wir hätten die Situation falsch eingeschätzt, die Argumente für eine Universität und die Vorstellungen über das Modell, das wir ansatzweise diskutierten und das sich aus den Widersprüchen des Ausbildungssektors für uns ergab, hätten die SVP noch stärker ins Abseits und in eine ablehnende Haltung gestellt. Die Haltung der SVP wurde von uns analysiert, nur kamen wir zu dem Ergebnis, daß es

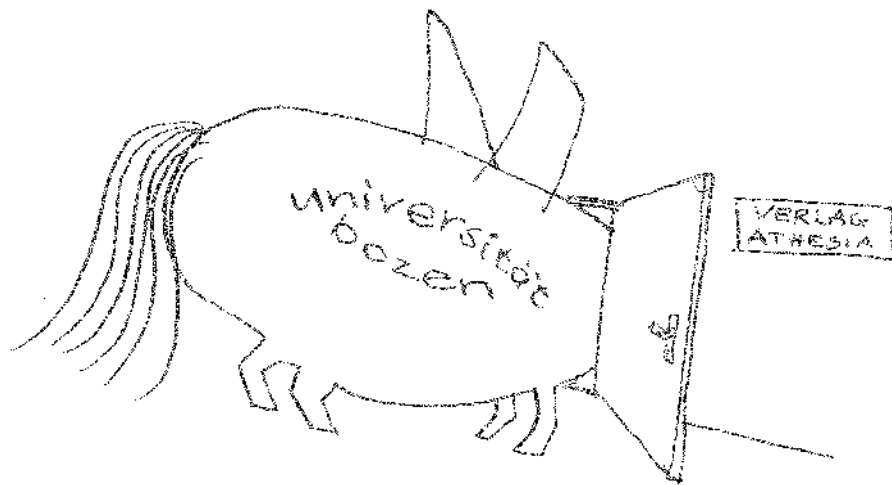
nicht eine Frage der Diplomatie und der vorsichtigen Formulierung wäre, die die SVP zu einer Änderung ihrer Haltung brächte, als vielmehr eine politische Aktionseinheit zur Durchsetzung dieser Frage. Auf der operativen Ebene kam es uns nicht so sehr auf das Einsichtigmachen der Argumente an (im Hinblick auf die SVP), als vielmehr auf die Schaffung einer auf ein Minimalprogramm zu beziehenden politischen Aktionseinheit von bestimmten Parteien und Gewerkschaften.

Wir gingen in unseren Vorbereitungsgesprächen auch davon aus, daß es auf der Studientagung zu einer Blockbildung kommen könnte. Eine solche Blockbildung hätte folgendes ergeben (und in der Tat ist es auch beinahe dazu gekommen): 1. Prodi und der Vorschlag einer Regionaluniversität; 2. Der Vorschlag eines Laboratoriums der Architekturgruppe Bozen-Venedig und in abgeänderter Form der SH; 3. Die Vorstellungen der verschiedenen Parteien und die SVP in ihrer negativen Haltung.

Wir glaubten, nun annehmen zu können, daß es einsichtig gemacht werden müßte, daß die SVP solange leichtes Spiel haben wird, wie lange die Vorstellungen der Universitätsbefürworter sehr unterschiedlich sind.

Den kleinsten gemeinsamen Nenner für diese unterschiedlichen Vorstellungen glaubten wir in den teilweise ausgearbeiteten Vorstellungen der Architekturgruppe Bozen-Venedig und der SH ausmachen zu können und zwar aus zwei Gründen:

1. weil dieser Modellvorschlag sich aus dem Versuch einer kritischen Aufarbeitung der bestehenden Krisensituation und der Ansätze, die sich in diesem Zusammenhang als Alternativen stellten, ergab (siehe unsere Analy-



Diese Idee ist uns zu groß

sen des Ausbildungssektors, sind die Vorstellungen Prof. Los');

2. weil sich dieses Modell (freilich nur fragmentarisch) in unserer Provinz schon als praktikabel erwiesen hat und gerade auch wegen der wissenschaftstheoretischen Voraussetzungen für Gewerkschaften und politisch fortschrittliche Kräfte als zu postulierende Zielvorstellung unseres Brachtaus gesehen werden kann.

Um also zu vermeiden, daß es bei der Podiumsdiskussion der Parteien zu einem unverbindlichen Parteinagelkäse käme, und um ihre unterschiedlichen Positionen zu vereinheitlichen, führten wir vor der Studientagung mit den verschiedenen Parteien (PCI, PSI, SVP, SPS) Vorgespräche, um überhaupt unsere Intention begründet zu machen, und um zu erklären, warum wir eine minimale Einheit in der Modelldiskussion als unabdingbar voraussetzen. Auf diese Vorschläge ging man allerdings kaum ein, und dafür glaube ich vor allem drei Gründe angeben zu können: 1. bei den italienischen Parteien (PCI, PSI und DC) gilt ein nationales Programm als der verbindliche Rahmen, den man auch auf besondere Situationen mit geringen Variationen durchsetzen zu können glaubt. Schwierigkeiten bereite hier also der unterschiedliche wissenschaftstheoretische Ansatz, der eine minimale Einheit doch sehr in Frage stelle. 2. Die unterschiedliche Bewertung der SVP und ihrer bildungspolitischen Intentionen. Es stimmt, daß ohne die SVP in dieser Frage der Universität kaum gehandelt werden kann. Nur in der Frage der Bewertung der SVP und in der Einschätzung ihrer Intention unterscheiden sich unsere Analysen. Genauso, wie es falsch wäre anzunehmen, die SVP stelle einen monolithischen Block dar, ist es falsch, von großen Widersprüchen innerhalb der SVP zu sprechen. Diese Widersprüche der klientelistischen Interessengruppen heben sich dann auf, wenn es um die Sicherung der Gesamtklientel und des gesamten Machtanspruchs geht. Während wir auf diese Widersprüche warten, bringt die Landesregierung einen Gesetzesantrag zur Errichtung ei-

nes Studentenheimes in Innsbruck ein und es ist klar, daß damit, sollte dieser Gesetzesantrag durchgehen, die Frage der Universität auf lange Zeit hin vorab entschieden ist. (Siehe „Alto Adige“ vom 13. 10. 1974 — „Democristiani e socialisti domattin avranno modo di dimostare in maniera tangibile e precisa qual'è la loro posizione sull'istituzione di una università a Bolzano, che con un precedente come questa legge, qualora fosse approvata, verrebbe allontanata non per anni, da decenni.../Sistemati, gli studenti (non importa se radicati dal loro naturale contesto sociale, infatti praticamente a restarsene lontani da casa anche dopo...), che giustificazioni vi sarebbero da addurre per la realizzazione di un ateneo anche a Bolzano?..)

Auf die offen zu Tage tretenden Widersprüche zu warten und dann die Forderung zu stellen, halte ich nicht für zielführend, weil sich da andere

politische Interventionen als erfolgreicher erweisen könnten. Nicht zu sehen, was die SVP gerade auf dem Ausbildungssektor vorhat, von der Pflichtschule bis zum höchsten Ausbildungsniveau, und statt dessen die ausgemachten Widersprüche hoffend zu fixieren, halte ich für das Eingeständnis partieller politischer Unfähigkeit. Dazu kommt es noch für einzelne Parteien (DC und PSI) die Regierungsmitverantwortung. Hier stellt sich das Problem für die beiden Parteien unterschiedlich dar. Daß man sich gerade nicht durch die Universitätsfrage in die Opposition begeben will, ist aus klar. Nur darf man nicht so tun als ob dem so wäre. Schon gar nicht die DC. Ferreris Aufsehung, gerade in der Universitätsfrage sei es bei der Regierungsbildung beinahe zu einem Bruch gekommen, halte ich für eine Unredlichkeit dem Gesprächspartner gegenüber. Anzunehmen, der PSI werde hier Konsequenzen ziehen, erscheint mir im nachhinein als eine Zumutung, stellt man die Position des PSI in der Frage des Bauteilplanes und der Arbeitsplatzbeschaffung in Rechnung.

Aus diesen Erwägungen heraus wird es für uns sehr schwer, anzunehmen, reifer politischer Wille würde sich hier in dieser Frage geltend machen. Und wie man die Rolle der Gruppe, die nach der Studientagung diese Frage weiter behandeln soll, von seiten der politischen Parteien einschätzt, ist symptomatisch. Diese Arbeit könnte nur durch die SH vorangetrieben werden, und man wird wie gehabt politische Folgenlosigkeit zu verzeichnen haben. Es wird also darum gehen, am 19. Oktober ganz klar die Bedingungen zu formulieren, die man als minimale Ausgangsposition für eine stonvolle Weiterarbeit für notwendig hält.

Elmar Locher

Wettbewerb zur Vergabe von 40 Studienstipendien für Neo-Doktoren

Die „Scuola di Sviluppo Economico“ der Italienischen Union der Handels-, Wirtschafts- und Landwirtschaftskammern schreibt einen Wettbewerb zur Teilnahme am 15. Kurs über Wirtschaftsentwicklung aus. 40 Stipendien werden vergeben. Der Kurs dauert sechs Monate und richtet sich an Neo-Doktoren, die sich für wirtschaftswissenschaftliche Disziplinen spezialisieren möchten.

Teilnahmeberechtigt sind italienische Staatsbürger, die am 1. Jänner 1975 das 30. Lebensjahr nicht erreicht haben und die mit einer Benotung von mindestens 99/110 an einer italienischen Universität ein Doktorat erreicht

haben. Die Gesuche um Teilnahme am Wettbewerb müssen innerhalb 22. November 1974 an die „Unione Italiana delle Camere di Commercio“ (00187 Roma, Piazza Sallustiana 21) eingereicht werden.

Die Höhe des Stipendiums beträgt 900.000 Lire; der Betrag wird in sechs Raten ausbezahlt. Die Auszahlung der Raten ist vom Erfolg und der obligatorischen Teilnahme am Kurs abhängig.

Die genauen Bedingungen und das Programm des Kurses können beim Sekretariat der Südtiroler Hochschülerschaft 39100 Bozen, Wälderhaus, eingesehen werden.

Interessenanalyse

Dr. Rainer Seberich stellte uns für unsere Studententagung zum Problem einer Universität in Bozen eine Interessenanalyse zur Verfügung. Während der Tagung blieb nicht genügend Zeit, dieses Arbeitspapier näher zu behandeln. Wir glauben aber, daß darin wichtige und anspruchsvolle Punkte vermerkt sind, die eine Diskussion darüber rechtfertigen. Aus diesem Grunde wird die Analyse in dieser Nummer abgedruckt.

Frage: Wer hat ein Interesse an einer Hochschule in Südtirol und aus welchen Gründen?

Begründung: Die diskutierende Beantwortung dieser Frage ist nötig, um Modelle und Strategien zu entwickeln und die bisherige Auseinandersetzung über die Hochschulfrage zu verstehen.

Theoretische Grundlegung: Interesse muß vom Bedürfnis geschieden werden. Es ergibt sich aus Funktionen sowie politischen und ideologischen Zielsetzungen. Diese formen das Bedürfnis, welches zugrundeliegt, vielfältig an.

Methodik: Die folgende Zusammensetzung fußt auf Beobachtungen und Äußerungen. Sie versucht, die von den einzelnen Instanzen eingenommenen Haltungen im Hinblick auf das zugrundeliegende Interesse zu hinterfragen, vorgebrachte Argumente zu durchschauen, das Kräftefeld offenzulegen, in dem die Auseinandersetzung um die Hochschule in Bozen steht. Das Vorgehen ist also ein empirisches, wenn auch aus Platz- und Zeitgründen auf Beleg verzichtet werden muß. Da Beobachtungen und Interpretationen notwendigerweise subjektiv sind, ist eine Diskussion über vorliegenden Versuch nötig, aus der sich neue Aspekte ergeben können.

1. Staat

1.1. Italien:

- Kontrolle über Hochschulausbildung seiner Bürger (Souveränitätsrecht)
Regionale Hochschulplanung
- Sorge vor irredentistischer Beeinflussung der im Ausland studierenden Südtiroler (Seeba 1961: Universitätsgründung unter den Maßnahmen zur Bekämpfung des Terrorismus)
- Kontrolle der Lehrerausbildung, Beseitigung des Lehrermangels, der gegenwärtig zu rechtlich und sachlich kaum vertretbaren Situationen führt
- Internationale Anerkennung der eigenen Universitäten und Studientitel
- Ausgleich der Spannungen in Südtirol unter Wahrung der Interessen des Staatsvolkes und Vermeidung von Konflikten mit der SVP

- in der heutigen Wirtschaftslage: Vermeidung aller nicht unbedingt nötigen Ausgaben, Inanspruchnahme ausländischer Hilfe.

1.2. Österreich:

- Einhaltung des Pariser Vertrages und des Studienreiseabkommens
- Erhaltung und Ausweitung des kulturellen und politischen Einflusses, Wahrung der politischen, kulturellen und menschlichen Bindungen der Südtiroler an Österreich
- Wahrung der Interessen der Südtiroler (Schutzfunktion mit außenpolitischem Prestigegehalt) unter Vermeidung von Spannungen mit Italien, die den eigenen wirtschaftlichen und außenpolitischen Interessen auf die Dauer gefährlich werden können.

1.3. Andere Staaten, europäische Gemeinschaften:

- Studienangleichung, wissenschaftliche Zusammenarbeit, Mobilität der eigenen Bürger, Auslandserfahrung
- Ausgleich unterschiedlicher Rechtsordnungen, die den Wirtschaftsverkehr behindern, Rechtshilfe
- Ausweitung kulturellen und politischen Einflusses (begrenzt durch das gleichzeitige Bestreben der Erhaltung der eigenen Besonderheiten und Hoheitsrechte)

2. Region

- Gründung, Ausbau und Anerkennung der einzigen Universität in der Region
- Entradikalisierung und Einbettung der Soziologischen Hochschule in ein ordentliches Hochschulsystem
- Entwicklung und Adaptierung neuer Universitätskonzeptionen (im Zusammenhang mit a) und b)
- Unterstreichend der regionalen Einheit

3. Land

- Erhaltung und Ausbau der eigenen Entscheidungsbefugnisse auf schulischem und kulturellem Gebiet; daher Sorge vor Institutionen, die außerhalb der eigenen Kompetenz liegen
- Sicherung des Lehrernachwuchses für die von der Provinz verwalteten Schulen
- Erhaltung des modus vivendi der Volksgruppen; Vermeidung von Diskriminierungen und möglichen Ausgangspunkten politischer Konflikte
- Vermeidung finanzieller Belastungen, die den von den stärkeren wirtschaftlichen Interessen vertre-

tenen Bedürfnissen sowie den populären kulturellen Tätigkeitsgebieten Mittel entziehen könnten.

4. Italienische Parteien (oder besser: Politiker)

4.1. nationalistischer Tendenz:

- Assimilierung des Südtiroler Deutschtums auf dem Wege über die (hohe) Kultur (MSI-Vorschlag einer ital. Hochschule; ursprüngliche Zielsetzung der Paduaner Klasse zu Trient "colonizzare di alta cultura l'Alto Adige").
- Betonung der kulturellen Führungsrolle der Italiener in Südtirol; Lockerung der Beziehungen der Südtiroler zum Ausland; Förderung des Studiums in Italien
- Besetzung von Schlüsselstellungen auch auf gemeinsamem kulturellem Gebiet
- Bessere Wettbewerbsfähigkeit der Italiener durch Deutschstudium

4.2. demokratischer Tendenz:

- Abbau der Spannungen in Südtirol durch verstärkte kulturelle Kontakte der Volksgruppen
- Beseitigung kultureller Beziehungslosigkeit der italienischen Volksgruppe in Südtirol zur Kultur des Landes
- Finanzielle Erleichterung des Hochschulstudiums, Lösung des Werkstudentenproblems
- Betonung der europäischen Dimension Bozens
- Anpassung der Universität an die besonderen Bedürfnisse bestimmter Sprachgruppen in Südtirol
- Linksparteien und revolutionärprogressive Gruppen: Entwicklung neuer nichtleitender Universitätsmodelle zur Emanzipierung der Arbeiterklasse.

5. Deutsche Parteien und Politiker

5.1. Südtiroler Volkspartei:

- Abwehr aller Einflüsse, die den eigenen Führungsanspruch gefährden; Einbeziehung der Südtiroler Hochschüler in das gegebene politische System
- Kulturelle Trennung der Volksgruppen; Ausbildung der Südtiroler Hochschüler in der eigenen Muttersprache und im muttersprachlichen Milieu; Orientierung nach ausländischen Universitätsmodellen traditioneller Prägung
- Einhaltung des Pariser Abkommens, Studienföhrererkennung, Erhaltung der historischen Bindungen

- d) Erhaltung der kulturellen Entwicklungsfähigkeit der Südtiroler Volksgruppe
- e) Lösung des für die Entfaltung des Schulwesens sehr gefährlichen Supplentenproblems
- f) Ausbildung der Volksschullehrer im eigenen Land
- g) Beibehaltung der kulturellen Unterstützung durch Österreich

5.2. Südtiroler Sozialdemokratische Partei:

- a) Aufrechterhaltung der kulturellen und politischen Eigenständigkeit der Südtiroler Volksgruppe in einem betont nationalen Sinne bei gleichzeitiger stärkerer Berücksichtigung der sozialen Probleme
- b) Errichtung einer deutschsprachigen Hochschule

5.3. Soziale Fortschrittspartei:

- a) Betonung des Internationalismus der Arbeiterbewegung bei gleichzeitiger Abwehr nationaler Bedrohung der Südtiroler Volksgruppe
- b) Strukturänderungen in der Südtiroler Gesellschaft
- c) Gewinnung der akademischen Jugend für diese Ziele; Dynamisierung der Südtiroler Politik
- d) Beseitigung des Lehrermangels

- e) Doppelsprachige Universität als Einrichtung der Provinz.

5.4. Partei der Unabhängigen:

- a) Sammlung derjenigen, die mit der Politik der SVP aus intellektuellen, wirtschaftlichen oder personalpolitischen Gründen unzufrieden sind, ohne dabei eine ideologische Bindung anzugehen
- b) Förderung der kulturellen und wirtschaftlichen Konkurrenzfähigkeit der Südtiroler Bevölkerung in einem elitären Sinne
- c) Internationale, möglichst europäische Verankerung der höchsten Bildungsinstitution in Südtirol
- d) Lösung des Supplentenproblems

6. Universitäten

- a) Behauptung des eigenen Wirkungsbereiches
- b) Parteiliche Mitbestimmung
- c) Wahrung der eigenen Verwaltungs- und Studienplanbefugnisse und der eigenen Privilegien bei möglichst guten Beziehungen zum Staat
- d) Innsbruck: Unterricht nach der eigenen Studienordnung
- e) Trient, Padua: Wissenschaftliche Kontakte mit dem Ausland, füh-

rende hochschulpolitische Rolle in Südtirol.

7. Verbände:

Sehr unterschiedlich und meist im Sog politischer Parteien

8. Südtiroler Hochschülerschaft

(1957):

1. Haltung eines (internationalen) Niveaus: Ablehnung eines Provinzialismus
2. Anpassung an die örtlichen Besonderheiten (Lehrer, Juristen)
3. Wahrung der Verbindung zum deutschen Kulturraum
4. Sicherung gegen politische Konflikte durch internationales Statut
5. Wahrung der Vorteile, die hinsichtlich der kulturellen Betrachtung von einem Studium außerhalb der Provinz kommen.

(1970):

Gespaltenheit in der Frage: deutsche Pädagogische Hochschule oder doppelsprachige Hochschulinstitution

(1974):

???

Dr. Rainer Seberich

Oltre il "modello,"

Il maggior risultato ottenuto col convegno della Hochschülerschaft è stato, a mio parere, l'essere riusciti a fare del problema universitario una questione di politica generale, prescindendo — almeno in parte — dagli interrogativi riguardanti il "modello," della futura istituzione. Ciò sarà forse dispiaciuto a quanti dal convegno si attendevano un progetto concreto, immediatamente applicabile, definito magari nelle sue specifiche articolazioni. Quest'esigenza non è stata del resto disattesa: l'intervento di Prodi, lo stesso documento-base della SH hanno dato largo spazio al "modello," né si è trattato di un'operazione arbitraria o astratta, dato che tutte le proposte fatte sono risultate frutto di analisi "oggettive," (per quanto lo consente la imperfezione degli strumenti che analizzano la dinamica del mercato del lavoro) e di esperienze collaudate. Né ciò, nell'economia del convegno, ha costituito un elemento negativo, anzi ha confermato ancora una volta la capacità delle minoranze di elaborare propri progetti alternativi, di essere — come si dice — "costruttive," nella loro opposizione. Ma guai se la riflessione e il dibattito si fossero limitati a questo. Ne sarebbe uscito un "modello," realistico sì, ma irrealizzabile e — quel che è peggio — inspiegabilmente irrealizzabile. L'ennesima frustrazione,

insomma. Invece il dibattito — in particolare quello sviluppatosi ai margini del convegno — ha saputo allargare il campo d'indagine anche all'aspetto più generalmente "politico," dell'intero problema, collocandolo con ciò in una dimensione non settoriale, non riservata insomma ai soli "addetti ai lavori."

Chiedersi, come è stato fatto, perché la Volkspartei non vuole l'università a me pare altrettanto importante che costruire un progetto da sottoporre all'assenso — spesso d'occasione — di partiti e opinione pubblica. A questi partiti e a questa opinione pubblica si è chiesto di contribuire allo sforzo di comprensione: i contributi, per la verità, sono stati modesti. Del resto credo sia illusorio attendersi, per esempio, dalla Democrazia Cristiana qualcosa di più che un generico sostegno all'agitazione in favore dell'università.

Dovendo analizzare i meccanismi del potere, gli equilibri su cui si basa e si perpetua, le complicità che lo sostengono (perché di questo si tratta) non sarà certo a Reila — per quanta esperienza diretta egli possa avere — che chiederemo lumi. Considerando, nella situazione attuale, la Volkspartei come vero e unico "educatore collettivo," centro intellettuale von diramazioni capillari, organizzatore, costruttore, "persuasore permanente," come direbbe Gramsci; considerando insomma la

Volkspartei per quello che veramente è e non per quella caricatura, colorata di suggestioni etniche, che essa stessa dà di sé, sarà difficile restare intrappolati nell'unanimità sperimentata in questi giorni. Alla generica simpatia per il progetto universitario dovrà essere sostituita l'analisi delle condizioni che lo rendono inattuabile: uno sforzo che a me pare necessario e utile. La materia da esaminare non manca. Si pensi solo alla questione, appunto, della funzione "educativa," della SVP, del suo rapporto con il ceto intellettuale sudtirolese, dei suoi strumenti pedagogici (dal clero alla stampa), dei meccanismi usati per reclutare e addestrare i propri dirigenti. Che cosa può rappresentare, in questo contesto, un'università? Sarà davvero un elemento di rottura (confermando la esattezza della diagnosi e la coerenza nelle scelte da parte della SVP) oppure potrà diventare strumento di "normalizzazione," a un livello superiore, un meccanismo sofisticato per l'imposizione del consenso (ipotesi nella quale la SVP sembra attualmente non credere, salvo in futuro impegnarsi per tradurle in fatti)?

Il convegno è servito, almeno in parte, a mettere in chiaro queste domande. Da qui la sua indubbia utilità.

Paolo Pagliaro

Randglosse in Richtung „X“.

Beitrag zu einer diskussion über den bürgerlichen staat - 2. Teil

Na, was heutzutage so alles passiert, sportet jeder Beschreibung. Man wagt es sogar, von einer Universität in Südtirol zu sprechen, wo doch jedes Kind (zumindest in der deutschen Volksgruppe) weiß, daß es bei unserer Schulsituation äußerst schwierig ist, nur die dritte Klasse Mittelschule zu erreichen.

Was man von diesen paar Studenten, die etwa Unt als Umsatzplatz für ihre Ideologien wünschen, zu halten hat, braucht nicht näher belegt zu werden. Es genügt zu wissen, daß alle zusammen linke Radaubröder sind, die lieber im Talferbett und in der Misenenstraße herumlungern als arbeiten und denen es überhaupt nichts ausmacht, daß sie auf italienischem Territorium leben müssen.

Selbsterständlich freuen sich die italienischen Parteien, daß es ihnen gelungen ist, die gesamte SI-Führung zu ködern, wie sich auch die deutschen Splitterparteien über eine weitere SVP-Opportunität (mehr ist ja das ganze Universitätsgeschwätz nicht!) freuen.

Wie abwegig die Idee Universität ist, das beweist die SVP, die mit ganz klarem Motiven sich auf eine solche Diskussion überhaupt nicht einläßt. Beim Diskutieren ist ja noch nie was herausgekommen. Als Gegenbeispiel könnte man das Bildungszentrum nennen, das in aller Stille sich auf die große Aufgabe der Beamten- und Lehrerausbildung vorbereitet hat. Hier hat man ein klares Konzept, hier wird noch studiert, hier werden seriöse Prüfungen abgelegt, anstatt daß die Studenten sich in die Politik einmischen.

Das Witzigste in der ganzen Universitätsdiskussion ist (und da sieht man, wo diese paar verstiegenen Studenten hin wollen), daß man die großen traditionellen Universitäten geringschätzt. Ferner meint man, Professoren verschiedener Fachrichtungen könnten zusammenarbeiten, oder auch mehr, diese hochgradig spezialisierten Wissenschaftler (das sind doch alle Universitätsprofessoren!) könnten in unserem Lande auch etwas für die Erwachsenenbildung oder gar für die einfachen Arbeiter tun. Da kann sich der objektive Leser ein klares Bild machen, wohin das alles ginge. Es käme nur so weit, daß immer mehr Elemente unserer gesunde Volkskultur unterwandern, daß immer mehr nach Bildung und Neuerung schreien, daß immer mehr unser bewährtes System verändern wollen. Und das Resultat ist uns bekannt: permanente Revolution!

Wer möchte das? Doch niemand! Nicht einmal ich, der ich sonst so aufgeschlossen bin, ich, der „Herr X“.

Gott, der Allmächtige, bewahre uns vor allem Neuem! Er erhalte und beschütze sein Tirolerland! Amen!

ni-X.

V

Saubere differenzierungen zwischen privatem und öffentlichem, besonderem und allgemeinem, gesellschaft und staat, wie sie im ersten teil dieses aufsatzes vorgenommen werden, scheinen aber gerade wegen der besonderen konfiguration des gegenwärtigen kapitalismus illusorisch und daher einzig für frühere stadien bürgerlicher entwicklung ein geeignetes instrumentarium der untersuchung herzugeben.

Und tatsächlich erfährt das verhältnis zwischen den genannten bestimmungsparen in dem maße eine veränderung, in dem der staat nicht nur wirtschaftliche, sondern auch soziale funktionen übernimmt. Der alte „machtwächterstaat“ liberaler prägung weicht zusehens einer „politisierung“ der gesellschaft, die ihren privaten charakter aufzuheben scheint. Spätestens seit der großen depression von 1873 bis anfang des 20. Jahrhunderts finden die traditionellen aufgaben des staates polizeilichen, steuerpolitischen, juristischen und außenpolitischen charakters ein immer gewichtigeres komplement in seiner systematischen intervention auf wirtschaftlicher ebene. Und immer wieder waren es historische wendepunkte, wie der erste weltkrieg und die weltwirtschaftskrise von 1929 bis 1932, die die regulierende aktivität des staates in verstärktem maße herausforderten.

Wenn aber die reale bewegung der dinge die ablösung des anarchischen kapitalismus, in dem die gesellschaft einzig ihren ökonomischen gesetzmäßigkeiten gehorcht, erfordert, dann kann sich auch die idee diesem bedürfnis nicht entziehen. Dementsprechend darf es nicht verwundern, daß gerade unter der bedingung einer weltwirtschaftskrise ungeahnten ausmaßes eine theorie entstand, die versuchte, das zusammenzufassen, was unter kapitalistischen verhältnissen den einzig möglichen ausweg aus der misere darstellten mußte: weitgehende staatliche regulierung zum zwecke der produktionssteigerung, garantie der vollbeschäftigung, der preisstabilität und des bilanzausgleichs. Die mittel dazu sollten vorrangig monetäre maßnahmen sowie öffentliche auftragsbeschaffung zur drosselung des nachfragertückgangs und wiederankurbelung des produktionsganges liefern.

In wirklichkeit ist aber der kapitalismus seit Keynes sogar bereit, die öffentlichen ausgaben auch dann zu steigern, wenn dies nur noch auf kosten eines „deficit spendings“ möglich ist. Die rooseveltsche „new-deal“-politik hatte den anstoß dazu gegeben.

Die erweiterung des staatlichen manipulationspielraumes zieht jedoch

zwangsfällig die einschränkung der sphäre der privaten autonomie nach sich; das privateigentum als uneingeschränkte verfügungsgewalt über etwas tritt ab zugunsten eines eigentums, dem ein sozialer gehalt nicht abzustreiten ist. Der egoistische individualismus scheint überwunden durch die gesellschaftlichkeit der institutionen, während öffentliches und privates ineinanderfließen.

Und doch handelt es sich bei all diesen erscheinungen nicht um die veränderung des wesens des kapitalistischen eigentums, sondern lediglich um anpassungsoperationen des alten kapitalismus an die neu gegebenen verhältnisse. Denn nicht das eigentum selbst wird überwunden, sondern lediglich die selbstherrlichkeit des eigentums, sein asozialer aspekt. Die läse von der allmählich sich vervollständigenden aufhebung des unterschiedes zwischen öffentlichem und privatem ist daher insofern unwahr, als sie der tatsache nicht rechnung trägt, daß der öffentliche charakter der privaten sphäre letztendlich den privaten charakter der öffentlichen sphäre versteckt.

Der staat ist also wiederum nichts anderes als der vertreter des allgemeinen interesses, insofern als dieses im schutz des besonderen, somit des privateigentums, besteht. Weil sich aber unter dem „privateigentum“ auch jenes an arbeitskraft befindet, muß die „verwaltung des allgemeinen interesses“ gleichzeitig notgedrungen den klassenantagonismus fortsetzen.

VI

Würde im ersten teil dieser arbeit der staat als besondere einrichtung neben und außerhalb der bürgerlichen gesellschaft, wie sie sich durch die verfolgung des individuellen vorteils charakterisiert, bezeichnet, so ward damit nur die form angegeben, in der die verwaltung des allgemeinen interesses erfolgt. Es wird daher darauf ankommen, deren inhalt zu erfassen.

Von vornherein ist jedoch klar: in der „besonderung“ (E. Altvater). Zu einigen problemen des staatsinterventionismus) des staates ist seine entfaltung als apparat, die mannigfaltigkeit von institutionen, das heer von beamten, die über immense mittel verfügen, bereits angelegt. Dabei ist es das kapitalverhältnis selbst, das diesen ihre aufgabe je nach den gegebenen umständen und bedürfnissen zuweist.

Gleichzeitig heißt dies aber auch, daß nicht jede besondere funktion des staates und damit jeder einzelne sektor, in dem sich seine tätigkeit entfaltet, konstitutiver bestandteil seiner selbst ist und daher absolute unwandelbarkeit beanspruchen kann. Eben-

sowenig muß sich die staatliche tätigkeit auf gewisse bereiche allem beschränken. Der bürgerliche staat kann daher neben seinen traditionellen funktionen durchaus auch solche z. b. „interventionistischen“ charakters erfüllen, ohne daß dies seine wesensänderung nach sich ziehen würde. Ganz im gegenteil gerade die aufrechterhaltung der bestehenden produktionsweise erfordert auf einem bestimmten grad ihrer entwicklung sein auftreten als wirtschaftlicher organisatorischer und programmierungsfaktor.

Zu fragen ist immerhin, auf welche weise und vor allem weshalb dies geschieht? Aufschlußreich in dieser hinsicht ist zweifelsohne die bestimmung des staates als garant der bestehenden ordnung. Als solcher wird er vorerst einmal eine von den einzelnen privateigentümern verschiedene funktion übernehmen müssen. So ist das letztlich ausschlaggebende für ihn z. b. nicht wie für den einzelnen kapitalisten die produktion des profits, sondern vielmehr die sicherung der zu diesem zweck erforderlichen rahmenbedingungen. Der staat selbst ist somit in seiner tätigkeit nicht wie die einzelnen kapitalisten der notwendigkeit der kapitalverwertung unterworfen, sondern bildet ganz im gegenteil ein „nicht-kapitalistisches“ element innerhalb der kapitalistischen produktionsweise.“ Der Staat handelt, von historischen Besonderheiten abgesehen, als Nicht-Kapitalist und begrenzt als solcher das Feld privater Kapitalakkumulationen und -reproduktionen.“ (E. Altvater, Zu einigen Problemen...) In marxschen kategorien gesprochen bedeutet dies gleichzeitig, daß die staatliche tätigkeit unproduktiv ist, da sich

die produktive arbeit in der produktion von nichtwert erschöpft

Wenn dem so ist, so wird auch verständlich, weshalb geld in der hand des staates nicht dieselbe bedeutung hat wie geld in der hand des kapitalisten. Der staat verwendet es nicht zur ausbeutung von arbeitskraft, unterzieht es daher auch nicht der verwandlung in kapital. Der unmittelbare zweck der aktivität ist demzufolge auch nicht der tauschwert, sondern der gebrauchswert, das geld will sich weder erhalten noch verwerten.

So befreit sich die arbeit, in staatliche regie genommen, von ihrer abstraktheit, weil tauschwertbezogenheit, und bleibt nur noch als konkrete arbeit übrig. Geld verwandelt sich nicht mehr in kapital und arbeit nicht mehr in lohnarbeit. Im ökonomischen Sinne“ (Marx, Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie). Denn durch den lausch von lebendiger arbeit gegen vergegenständlichte arbeit (geld) ist nicht schon das verhältnis von lohnarbeit und kapital gegeben. Der kauf von arbeit oder deren ergebnis kann durchaus auch zum ausschließlichen zweck der konsumtion erfolgen, ohne daß daher der käufer den zukünftigen tauschwert im auge hat.

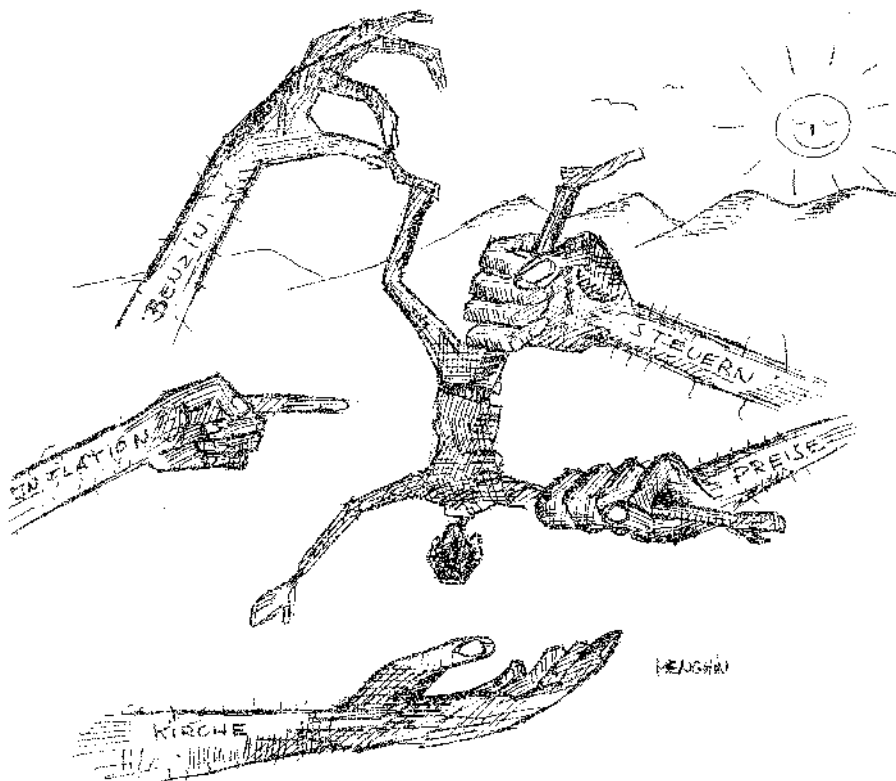
Nimmt der staat z. b. lehrer in seinen dienst, so wird er nicht schon deshalb zu ihrem besitzer (wobei zu berücksichtigen ist, daß sich der begriff der ausbeutung nicht ausschließlich auf den bereich der materiellen produktion bezieht), sondern er entzieht ganz im gegenteil einen teil der zur verfügung stehenden arbeitskraft dem kapitalistischen verwertungsprozess.

Ähnlich verhält es sich beispielsweise im straßenbausektor. Die entwicklung der infrastruktur ist nämlich eine der methoden, wodurch die zirkulationszeit des kapitalen verkürzt wird. Und daß das kapital an der verkürzung interessiert ist, wird dann verständlich, wenn man bedenkt, daß der zirkulationsprozess ein wesentlicher bestandteil des kapitalistischen verwertungsprozesses ist; ohne die verwandlung der waren in geld kann die produktion nicht von vorne beginnen, die kontinuierlichkeit des wirtschaftsablaufes wird unterbrochen. Die permanente expansion des straßennetzes garantiert aber einen ständig wachsenden markt, und eben dieser umstand motiviert das kapital zur erstellung allgemeiner produktionsvoraussetzungen.

Wie aber der straßenbau seinen zweck nicht in sich selbst hat, so hilft dies ebensowenig für die einstellung der lehrer in den staatsdienst zu. Seine aufgabe ist in wirklichkeit die qualifizierung der wach arbeitskraft, und gerade darin drückt sich die funktionalität des ausbildungssektors überhaupt im verhältnis zur produktionsphase aus. Letzten endes ist also auch die ausbildung, obwohl im kapitalismus vom materiellen produktionsbereich getrennt, dem kapitalverhältnis untergeordnet. Ohne selbst objekt der ausbeutung zu sein, kann somit die arbeit des lehrers nicht losgerißt von der kapitalistischen ausbeutung als solcher betrachtet werden.

Welches sind nun aber die allgemeinen gründe, weswegen sich der staat um die herstellung und verbesserung der bedingungen der kapitalverwertung kümmert und nicht die einzelnen kapitalisten? Tendenziell gibt es nämlich keinen sektor, der sich der übernahme durch das kapital sperren würde. Deshalb sind die ursachen vielmehr in der gesellschaftlichen qualität des produktionszusammenhanges selbst zu suchen. So etwa hält gerade der mangel an rentabilität die einzelnen kapitalisten von gewissen sektoren fern. Dabei muß jedoch der profitmangel nicht notwendigerweise von der warte des einzelnen kapitalen aus bewertet werden; relativ hohe profite in bestimmten bereichen können im gegenteil ganze gruppen von kapitalisten in anderen bereichen kompensieren, falls diese von den ersteren abhängen. Die verstaatlichung zum zwecke der kostensenkung zugunsten der abhängigen sektoren wird dann eine überlebensfrage. Und der staat springt jedesmal dort ein, wo die produktion von bestimmten gütern oder die leistung von gewissen diensten allgemein notwendig ist, kapitalistische maßstäbe aber versagen.

Außerdem kann staatliche aktivität durch das häufig erforderliche enorme „kapital“-volumen, das einzelne kapitalen zu besorgen nicht in der lage sind, herangerufen werden, wie auch durch die besondere lange der zeit, in der sich das kapital verwertet usw. Nicht zuletzt aber ist die staatliche wirtschaftstätigkeit das resultat der



zwischen den klassen stattfindenden auseinandersetzung.

VII

Diese hier in groben zügen wiedergegebene weiterentwicklung des marxischen ansatzes, wie sie exemplarisch durch die berliner gruppe um die zeitschrift „Probleme des Klassenkampfes“ erfolgt, steht in krassem gegensatz zu einer auffassung, die in ihrem kern auf F. Engels zurückgeht. Für ihn ist der moderne staat, was immer auch seine form, „eine wesentlich kapitalistische Maschine, Staat der Kapitalisten, der ideale Gesamtkapitalist. Je mehr Produktivkräfte er in sein Eigentum übernimmt, desto mehr wird er wirklicher Gesamtkapitalist, desto mehr Staatsbürger beutet er aus“ (F. Engels, Anti-Dühring). Dem ist entgegenzuhalten, daß der staat, obwohl er in speziellen situationen durchaus als realer kapitalist auftreten kann, deswegen nicht zum gesamtkapitalisten wird. Vielmehr wird auch er dadurch zum individuellen kapitalisten, der sich durch nichts von den privaten kapitalen unterscheidet. Gerade deshalb kann von einem allmählichen hüberwachen in den „staatskapitalismus“, der das private kapital mehr und mehr verdrängt, bis er es schließlich zur ganze ablöst, nicht die rede sein. Staatliche intervention ist ganz im gegensatz entweder immensente konsequenz des kapital selbst oder das resultat gebrauchswertorientierter, anti-kapitalistischer forderungen, jedesmal aber ausdruck der zunehmenden schwierigkeiten, in die sich der kapitalismus hineinmanövriert. Ob so oder so, ob bewußt oder unbewußt, in exekution blind waltender ökonomischer gesetzmäßigkeiten, der logik der kapitalverwertung wird auf alle fälle ein jähes ende gesetzt.

Wenn dem so ist, so wird auch klar, daß diese entwicklung keine programmierte und deshalb harmonische sein kann. Staatliche tätigkeit ist durchwegs die folge ökonomischer und politischer schwierigkeiten, ergibt sich aus kämpfen, krisen und katastrophen. Immer ist es aber die aufrechterhaltung des verwertungsprozesses unter den gegebenen umständen selbst, welche „die stetige, immer weiter um sich greifende suspendierung seiner fordbestimmungen verlangt“ (C. Gille, Strukturprobleme des kapitalistischen Staates).

Allgemein gilt somit, daß der staat auf der einen seite die grenze der kapitalistischen warenproduktion angibt, während er auf der anderen zu ihrem komplement wird. Wird nämlich die einheit von gebrauchswert- und tauschwertproduktion und deshalb von arbeits- und verwertungsprozess gebrochen, so geht doch niemals der bezug zur kapitalistischen warenproduktion selbst verloren.

Letzten endes ist auch im spätkapitalismus der gebrauchswert dem tauschwert untergeordnet, selbst wenn die produktion gewisser gebrauchswert-

be nicht unmittelbaren tauschwertcharakter hat.

Um es aber noch einmal zu sagen: dieses korrespondenzverhältnis zwischen öffentlichem und privatem sektor ist alles eher als das ergebnis eines reibungslosen spiels verschiedener komponenten. Die notwendige abwesenheit umfassender planung schließt dies im kapitalismus von vornherein aus. Der staat tritt ganz im gegensatz aufgrund einer vielfalt von widersprüchlichen maßnahmen, entscheidungen und korrekturen derselben in aktion. Hierbei können durchaus gewisse zugeständnisse an die arbeitersklasse ihren spielraum finden, ja teilweise werden diese für die fortdauer der produktionsweise selbst sogar unentbehrlich. Die realisierungschance alternativer forderungen eröffnet nämlich, wie bereits gesagt, erst mit dem erlöschen der verwertungschance des kapital selbst ihre grenzen. Bis dahin aber findet das kapital unweigerlich mittel und wege, sich relativ schädlos zu halten, selbst wenn der einklang verschiedener interessen erst im nachhinein erfolgen sollte.

Es ist also durchaus kein wagnis zu behaupten, daß der staat als „nichtkapitalist“ letzten endes funktional ist den interessen des kapital, in dem maße, in dem er sich von einem subsidiaritätsprinzip leiten läßt, demzufolge er überall dort einspringt, wo das kapital aufgehört hat allmächtig zu sein. Nichtsdestoweniger bedeutet jedoch die verabschiedung des profitmotives die bestätigung eines neuen prinzip: der „vertreter des allgemeinen interesses“ zeigt nun sein „soziales“ gesicht in der anwendung des leitatzes: profite werden privatisiert, verluste werden sozialisiert. Ohne diese art von sozialisierung wäre die privatisierung schon längst nicht mehr lebensfähig.

Der „nichtkapitalistische“ staat ist aber nicht schon als solcher geeignet, sein auftreten als störfaktor für die bürgerliche gesellschaft zu verhindern. Unterscheiden sich nämlich die staatlichen leistungen von denen der einzelnen kapitalen nur in der „nichtkapitalistischen“ art, in der sie erbracht werden, so ist damit nicht gesagt, daß sie nicht doch noch diesen dysfunktional werden können. Die nichtkapitalistische regie ist zwar durchaus notwendig, jedoch nicht genügend, um ihrer aufgabe gerecht zu werden. Der wirtschaftliche ablauf kann jedenfalls auch dadurch gehemmt werden, daß der staat den kapitalen in gewisser weise zum konkurrenten wird. Schließt dies die unterschiedliche orientierung — gebrauchswertbezogenheit einerseits, tauschwertbezogenheit andererseits — zwar aus, so trifft dasselbe nicht zwangsweise zu, wenn man hingegen die art der staatlichen leistung betrachtet. Wird die staatliche leistung auch von den kapitalen angeboten, derart, daß eine alternative entsteht, so ergibt sich daraus eine konkurrenz, die gerade dem kapital fatal sein kann. Dies um so mehr, als nur es auf seine

verwertung angewiesen ist. „Nichtkapitalist“ ist somit in keiner weise mit „nicht-konkurrent“ idemisch; beide bestimmungen sind aber unerlässlich, will der staat in für das kapital zufriedenstellender weise handeln. (B. Altwater, a.a.o. läßt demgegenüber diese unterscheidung unberücksichtigt.)

VIII

Wenn sich nun aber staatliche intervention in ihrer eben entwickelten doppelten bestimmung aus der notwendigkeit heraus ergibt, tätigkeiten zu entfalten, die, obwohl erforderlich, so doch nicht profitabel gestaltet werden können, so zwängt sich die frage nach dem grund der mangelnden profitabilität von selbst auf. Angedeutet wurde bereits, daß die bürgerliche gesellschaft ihren staat nach ihren jeweiligen bedürfnissen ausrichtet; einen sich selbst regulierenden kapitalismus entspricht ein „abstinenz“-staat, ändert sich die voraussetzung, so wirkt sich dies unweigerlich auf die staatssphäre aus. Die widersprüchliche bewegung des kapital selbst zwingt den staat mit ein. Diese ist somit, daß sich die staatliche tätigkeit in dem maße erhöht, in dem die kapitalistischen schwierigkeiten zunehmen. Über den staat soll ihre auflösung erfolgen. Woher rühren nun aber diese schwierigkeiten? Für Marx resultieren sie aus der bewegung des kapital selbst. Einerseits bemächtigt sich dieses tendenziell zwar aller bereiche des gesellschaftlichen lebens, doch kann es andererseits eine äußerst ungleichmäßige und labile entwicklung keineswegs verhindern: explosive expansionen sind gefolgt von plötzlichem stülstand, krisen, wiederaufschwung, prosperität etc. Die wirtschaftliche entwicklung ist im kapitalismus zyklisch; obwohl sie bahrrächtige fortschritte vollzieht, wirft sie ihn immer wieder an längen zurück. Und oben diese grenzen die dem kapitalismus urigen sind, weisen beständig auf seine beschränktheit und daher auf seine vergänglichkeit hin. Einzig die borniertheit des bürgerlichen standpunktes verschleiert den blick für die relativität, d.h. bloße geschichtlichkeit der generalisierten warenproduktion und somit auch für die notwendigkeit ihrer überwindung.

Nicht zu übersehen ist aber die besonderheit, worin sich kapitalistische krisen von vorkapitalistischen krisen unterscheiden: sie sind nämlich keine „exogenen“ krisen, werden also nicht von außerökonomischen faktoren hervorgerufen; nicht unheimliche naturkräfte, seuchen, kriege liegen ihnen zugrunde und absonderlich ist der allgemeine mangel ihre erscheinungsform, sondern vielmehr zeigen sie sich in einem gleichzeitigen vorhandensein von unbedienten bedürfnissen und un-verkauften waren. Die krise ist eine überproduktionskrise, es wird mehr produziert, als verkauft werden kann. Enormer reichum auf der einen seite, absolute und relative armut auf der anderen, das ist die kapitalistische wirklichkeit. Weshalb aber dies alles?

Letzten Endes einfach deshalb, weil es für den Kapitalismus unmöglich ist, über seine eigenen Schranken zu springen. „Die wahre Schranke der kapitalistischen Produktion ist das Kapital selbst, ist dies: daß das Kapital und seine Selbstverwertung als Ausgangspunkt und Endpunkt, als Motiv und Zweck der Produktion erscheint; daß die Produktion nur Produktion für das Kapital ist und nicht umgekehrt die Produktionsmittel bloße Mittel für eine stets sich erweiternde Gestaltung des Lebensprozesses für die Gesellschaft der Produzenten sind.“ (Marx, Kapital III)

Nicht auf eine abstrakte Gegenüberstellung zweier Welten kommt es jedoch an, sondern vielmehr auf das Erfassen einer Dynamik, die in der Realität selbst angelegt ist und sich dort entfaltet. In der Tat ist es wiederum Marx, der mittels der Kritik der politischen Ökonomie jene Instrumente entwickelt, die es ermöglichen, den Charakter der kapitalistischen Warenproduktion in den Griff zu bekommen. Kapitalistische Produktion ist dann identisch mit Mehrwertproduktion, wobei der Mehrwert der kapitalistischen Verwendung der Arbeit ent-

springt. Die bürgerliche Produktionsweise erzielt nämlich, wie bereits oben skizziert, ein dreifaches: Übertragung des Wertes der Produktionsmittel auf das neue Produkt, Reproduktion des Wertes der Ware Arbeitskraft und Produktion des Mehrwerts. Alle drei Wertelemente zusammen bilden aber den Gesamtwert einer Ware und erst diese kann die Herkunft des Mehrwerts aus der eingesetzten lebendigen Arbeit verstecken. Eine derartige Verwendung der Arbeit gewährleistet also nicht nur die Erhaltung des Arbeiters als Arbeiter, sondern darüber hinaus auch noch die Produktion für das Kapital. Marx nennt daher jene Mittel, die der Kapitalist für den Erwerb von Arbeitskraft einsetzt, den variablen Kapitalteil, während er jenes Kapital, welches sich in Produktionsmitteln vergegenständlicht und im Produktionsprozeß keiner Wertveränderung unterliegt, als konstantes Kapital bezeichnet. Aber eben dieses Verhältnis zwischen konstantem und variablem Kapital ist in der bürgerlichen Produktionsweise ausschlaggebend; unter der Herrschaft des Kapitals tendiert es zu einer Veränderung zugunsten des konstanten Kapitalteils. Immer mehr Produktionsmittel stehen immer weni-

ger Arbeitskräften gegenüber. Reichtum und Armut ergänzen einander, und dies trotz, oder gerade wegen des technologischen Fortschritts. Die unvermeidliche Auswirkung auf das Verhältnis Profit – Kapital sieht dann folgendermaßen aus: „Da die Masse der angewandten lebendigen Arbeit stets abnimmt im Verhältnis zu der Masse der von ihr in Bewegung gesetzten vergegenständlichten Arbeit, der produktiv konsumierten Produktionsmittel, so muß auch der Teil dieser lebendigen Arbeit, der unbezahlt ist und sich in Mehrwert vergegenständlicht, in einem stets abnehmenden Verhältnis stehen zum Wertumfang des angewandten Gesamtkapitals. Dieses Verhältnis der Mehrwertmasse zum Wert des angewandten Gesamtkapitals bildet aber die Profitrate, die daher beständig fallen muß.“ (Marx, Kapital III). Versiegen des Profits ist jedoch gleichzusetzen mit Unterbrechung des störungsfreien Reproduktionsprozesses und somit auch mit Krise.

Die Funktion der Krise im Kapitalismus und ihre Beziehung zum bürgerlichen Staat soll in der nächsten Nummer besprochen werden.

Werner Unterhauser

SH-Information

Was ist 1973/74 passiert? - Tätigkeitsbericht des Vorstandes

I. Interessenvertretung gewerkschaftlicher Art

Eine häufig vorgebrachte Forderung war die nach dem italienischen Staatsscholarium (presalarario) auch für Südtiroler Studenten im Ausland. Das Gesetz Nr. 766 vom 30.11.1973 sieht dies nun vor (für alle italienischen Staatsbürger im Ausland mit einer Muttersprache, die von einer sprachlichen Minderheit in Italien gesprochen wird). Die SH forderte sodann, daß unsere Parlamentarier schnellstens die Durchführungsbestimmungen zu diesem Gesetzespunkt vorbrächten. (Unser Vorschlag, siehe SKOLAST 1974/2, S. 23.)

Nach längerer Vorarbeit (hauptsächlich durch W. Tappeiner) konnten heuer erstmals Dissertantenbeihilfen vermittelt werden. Die Sparkasse der Provinz Bozen gab zehn Beihilfen zu je 250.000 Lire an Südtiroler Studenten, die bei der Erstellung ihrer Dissertation in einer besonderen finanziellen Not sind. Von drei SH- und drei SKL-Vertretern wurden die 19 eingereichten Gesuche überprüft und folgende 10 Studenten der Sparkasse der Provinz Bozen vorgeschlagen:

Konrad Fleischmann, Lana; Stefan Lochmann, Tisens; Joseph Mair, Pfaffen; Ludwig Nössing, Kastelruth; Oswald Nothdurfter, Bozen; Roland Psenner, Bozen; Marianne Steinhauser, St. Jakob/A.; Klaus Steinmair, Welsberg; Josef Unterthiner, Klausen; Bruno Wallnöfer, Prad.

Diesem wurde am 13. Mai 1974 vom Präsidenten der Sparkasse, Dr. Brandstätter, der genannte Betrag überreicht.

Für das kommende Studienjahr soll diese spezielle Unterstützung an Dissertanten ausgedehnt werden. Deshalb wurden neben einem erneuten Bittgesuch an die Sparkasse der Provinz Bozen auch die Volksbanken in Bozen und Meran sowie die Spar- und Verschlußkasse in Brixen angeschrieben.

Durch eine noch laufende Unterschriftenaktion, initiiert von der SH-Gruppe Wien, wird auf die Notsituation der Südtiroler Studenten und Oberschüler hingewiesen und eine quantitative und qualitative Erhöhung der Stipendien gefordert, die den steigenden Lebenshaltungskosten mehr entsprechen.

Das Sekretariat erfüllte nach Möglichkeit die vorgebrachten Wünsche, leitete die verschiedenen Anfragen (Militärangelegenheiten, Ferien-

jobs, Supplenzen usw.) weiter und besorgte die Kontrolle von fast 70 Studententitelerkennungsgesuchen und sandte diese an die zuständige Stelle im italienischen Außenministerium.

Studententitel: Die SH forderte nach dem Rücktritt von Hellmuth Ladurner als Studententitelpreferent, daß die Landesregierung hauptsächlich einen solchen einstelle. Inzwischen ist Dr. Josef Morin damit beauftragt worden. Er ist aber schon anderweitig ausgelastet. Hauptamtlich konnte bisher noch keiner getraut werden.

Gespräche und Interventionen bei Assessor Zelger, bei Sekretionschef Dr. Rieger in Wien und bei Prof. Leonardi am römischen Außenministerium in Angelegenheiten der Studententitelerkennung; Ausweitung der Anerkennung verschiedener österreichischer Titel; fallweise Behandlung von aufgetretenen Schwierigkeiten, wie Inskriptionsverweigerung an österreichischen Universitäten oder Schwierigkeiten bei der Anerkennung von bereits durch Gesetze geregelten Titeln; Forderung nach Vereinfachung der Studententitelerkennungsprozedur sowie Anerkennung von Teilprüfungen, von Spezialstudien und von Studienzeiten.

Studententitel Deutschland-Italien. Wir führten Informationsgespräche in Padua und in München (sowohl Uni als auch Ministerium) und urgieren, daß Assessor Zelger mit Kultusminister Maier verhandle, damit es bald zu einem inneruniversitären Abkommen zwischen München und Padua käme, was für weitere Verhandlungen für eine Studentitelregelung zwischen Deutschland und Italien ein Präzedenzfall sein könnte. Bis jetzt hängt aber alles noch in der Luft. Auch erbrachten Anfragen an den Bundeswissenschaftsminister Rohde und an Herrn Schiffer von der Ständigen Kultusministerkonferenz bis jetzt nichts Konkretes.

Wir intervenierten ferner bei Landeshauptmann Magnago, um eine bessere Regelung des „firocinio“ für Jungärzte zu erreichen (vgl. SKOLAST 1974/2, S. 24) und um Ausnahmebestimmungen für Studenten zu erreichen, die durch die italienischen Devisenbeschränkungen betroffen sind.

II. Politische Aktivitäten

Eine politische Interessenvertretung der Studenten, speziell im schulpolitischen Bereich, gehört zum Aufgabebereich der SH. Dessen waren wir uns bewußt, obwohl wir täglich unsere politische Ohnmacht spüren konnten.

Der Schwerpunkt unseres politischen Engagements lag in der Vorbereitung und Durchführung der Studententagung über „Universität Bozen“, worüber in einem eigenen Artikel in dieser Nummer berichtet wird.

Unser Pochen auf Mitsprache der Hoch- und Oberschüler im Landeschulbeirat blieb erfolglos.

Einen Vertreter hatten wir im Ausschuß des „Pädagogischen Institutes“ (Walter Guller) und einen im „Aktionsrat für Weiterbildungsplanung“.

Vor den Landtagswahlen organisierten wir im Gemeindesaal in Bozen eine Forumsdiskussion (am 27. Oktober 1973), mit acht verschiedenen wahlwerbenden Parteienvertretern über „Schulpolitik - Hochschulpolitik“.

Zum Thema „Massenmedien“ sollte im SKOLAST eine Serie erscheinen. Es blieb aber bei einem Artikel (SKOLAST 1974/3, S. 15—17).

III. Informationstätigkeit

Hauptsächlich war der SKOLAST unser Informationsorgan, fallweise eigene Rundschreiben an die Gruppen und allgemeine Pressemitteilungen. Auch diente der Besuch der SH-Gruppen in Österreich durch den Vorsitzenden und die Sekretärin Ende November 1973 hauptsächlich dem Zwecke gegenseitiger Information.

Die Maturanten wurden durch unsere im Vorjahr gedruckte Infor-

mationsbroschüre und fallweise im Sekretariat informiert. Im Mai besuchten wir folgende Maturaklassen auf Einladung derselben: die KLA und das Klass. Lyzeum in Bruneck, das Vincentinum in Brixen, die KLA Bozen, die LBA, die KLA und die Frauenoberschule in Meran, das Johanneum in Dorf Tirol und das Wiss. Lyzeum in Schlanders. (Gleichzeitig protestierten wir gegen die Konkurrenz des CV Innsbruck, der unseres Erachtens nicht Information anbot, sondern Reklame bezweckte).

Weiters beteiligten sich fast 30 Studenten verschiedener Fachbereiche an der Inskriptionsberatung, die vom 5. bis 7. August 1974 in Bozen stattfand. Ungefähr 200 Maturanten nahmen diesen Dienst in Anspruch.

Im Zusammenhang mit den Maturanten sei noch angeführt, daß auch heuer wieder an allen Klassischen Lyzeen die Mathematik-Ergänzungskurse aus Integral- und Differentialrechnung organisiert und finanziert wurden.

IV. Sport

Alle im Programm vorgesehenen Sportveranstaltungen konnten durchgeführt werden.

Am Flug- und Korbballturnier vom 20. bis 22. Dezember 1973

beteiligten sich insgesamt 21 Herren- und 4 Mädchenmannschaften.

Vier Mannschaften bestritten das Fußballturnier, das am 11. April 1974 in Bozen ausgetragen wurde.

30 Herren und 2 Damen starteten beim traditionellen Skirennen der SH, das am 5.1.1974 am Karenpaß stattfand.

Die im Programm vorgesehenen Aktivitäten konnten im großen und ganzen ausgeführt werden. Auch bilanziell gab es keine besonderen Schwierigkeiten oder Unregelmäßigkeiten. Die Ausgaben beliefen sich auf 13 324 392 Lire und konnten durch vielfach großzügige Unterstützung von öffentlichen und privaten Institutionen gedeckt werden, denen hier ein Dank ausgesprochen werden soll.

So wurde auch der gesamte Vorstand vom Ausschuß einstimmig entlastet.

Sepp Kußatscher — Vorsitzender;

Walter Guller — Kulturreferent;

Ehmar Locher — Pressereferent;

Alois Pardeller — Finanz- und Sozialreferent;

Oswald Peer — Studentitelreferent;

Hans von Lutz — Sportreferent.

Tätigkeitsprogramm des Vorstandes für das Geschäftsjahr 1974/75

1. **Gewerkschaftliche Vertretung der studentischen Angelegenheiten** soll, wie im letzten Jahr, auch weiterhin Hauptpunkt im Programm der SH sein. Allerdings sehe ich eine solche gewerkschaftliche Vertretung der Studenten durch die SH als unbedingt zu schwach an, und die Möglichkeit, sie zu forcieren, gering. Es fehlen ihr dazu einfach die nötigen Mittel und die entsprechende Organisation. Die SH soll den tatsächlichen zuständigen Institutionen ihre Arbeit nicht abnehmen, sondern vielmehr Mittlerrolle spielen und als Übersetzer zwischen Studenten und wirklichen Interessenvertretern dienen (Kulturinstitute, wirkliche Gewerkschaften usw.). Inzwischen haben wir auch alle begriffen, daß die Interessen der Studenten nicht einheitlich vertreten werden können, weil sie ganz und gar nicht einheitlich sind. Die Studenten als Klasse ins Sozialgefüge einzuordnen, ist ein Fehler, der nicht gemacht werden soll.

Ganz konkret wollen wir uns hier einsetzen um die Beschaffung, Ausweitung und Erhöhung der Stipendien sowie der Gelder für die Durchführung

der Geschäfte der verschiedenen SH-Organen. Weiterhin einsetzen wollen wir uns für die Ausdehnung des italienischen Staatsstipendiums (presalario) auf Südtiroler Studierende im deutschsprachigen Ausland, für die Wiederbeschaffung und Verbesserung der Dissertantenbeihilfen. Weiter unternommen werden Bemühungen im Bereich der Studentitelerkennung: Vereinfachung und Beschleunigung der Anerkennungsprozedur ausländischer Titel in Italien; Inangriffnahme der Anerkennung deutscher Hochschultitel usw.

2. In **gesellschaftspolitischen Fragen** als Personifizierung aller in der SH organisierten Studenten zu sprechen, soll und wird sich der SH-Vorstand nicht anmaßen. Vorsitzender und Vorstand würden ihrer Funktion allerdings in keiner Weise gerecht, würden sie die „Vertretung aller Studenten“ vorschützen, um nicht konkret zu anfallenden Problemen Stellung zu beziehen. Wir fühlen uns primär mitspracheberechtigt in allen Fragen der Bereiche Schul- und Hochschulpolitik, Studien- und Berufsplanung, Kulturpo-

Mitglieder des SH-Vorstandes

Geschäftsjahr 1974/1975

Vorsitzender

Florian Kronbichler (Stud. Polit. Wissenschaften Padua)
39031 Brinsack/Reischach, Reiperting 23

Referent für Kultur

Walter Guller (Stud. Pädagogik Innsbruck)
39017 Schenna, Verdiner Straße 13

Referent für Presse

Sepp Kußtatscher (Stud. Pädagogik Innsbruck)
39040 Villanders, „Landheim“

Referent für Soziales und Finanzen

Albis Parteller (Stud. Rechtswissenschaften Modena)
39042 Brixen, Ortnerweg 30

Referent für Studententitel

Oswald Feur (Stud. Pharmazie München)
39042 Brixen, Adlerbrückengasse 4

Referent für Sport und Geselliges

Hansjörg Rinner (Stud. Elektrotechnik Graz)
39017 Schenna, Wiesenweg 2

- b) Südtirols junge Intelligenz — „Müchtiger“ akademischer Nachwuchs oder kritisches Ferment;
- c) Die Medien in Südtirol;
- d) Antifaschismus in Südtirol;
- e) Die Linke in Südtirol — Geschichte, Lage, Perspektiven.

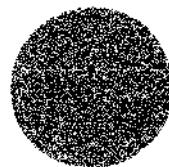
Das Thema der nächsten Studententagung wollen wir bis zur Weihnachts-Ausschußsitzung festlegen.

6 Der Referent für Sport und Geselliges bürgt für die Durchführung der traditionellen Veranstaltungen auf diesem Gebiet.

Als Vorsitzender werde ich bestrebt sein, die Arbeiten der einzelnen Referenten zu unterstützen, sie untereinander zu koordinieren und nach Möglichkeit mitzugestalten.

Meinem Vorgänger Sepp Kußtatscher danke ich für die im letzten Jahr geleistete Arbeit in der SH und für seine Bereitschaft, auch weiterhin mitzuarbeiten. Zugleich bitte ich die Ausschußmitglieder und alle Studenten um Mitarbeit und Mitgehen in der SH-Tätigkeit des Jahres 1974/75.

Florian Kronbichler



Egger Elisabeth

39012 Meran, Parinistraße 1,
Telefon (0473) 31370

übernimmt
sorgfältige Reinschrift von
DISSERTATIONEN
SKRIPTEN
und Ähnlichem

101k. Die Vertretung unserer Interessen im schulischen und speziell hochschulischen Bereich kann sicher am repräsentativsten durch die SH gesehen. Konkret geschieht dies durch die Vertretung vor den zuständigen politischen und administrativen Gremien.

3. Für besonders lebenswert und weiterhin nachahmungswürdig halte ich das Bemühen meines Vorgängers, daß Initiativen jeglicher Art nicht so sehr zentral in Bozen, sondern in den einzelnen Hochschulgruppen ergriffen werden. Die SH sieht es als eine ihrer ersten Aufgaben, allgemein interessierende Arbeiten und Veranstaltungen der einzelnen Gruppen (oder Untergruppen) finanziell und organisatorisch zu unterstützen und dafür auch das Sekretariat in seinen verschiedensten Funktionen zur Verfügung zu stellen.

Mehr als Verein oder Club soll sich die SH als Instrument verstehen und als Forum für Initiativen, die von Studenten und Studentengruppen getragen werden. Vorstand und Ausschuß sollen mehr dieses Forum schaffen als ausschließlich darauf zu agieren. Der Vorstand soll nicht in eine SH-Gruppe Bozen ausarten; seine Aufgabe soll vielmehr sein, Aktionen zu koordinieren, Nachschub zu sichern und zu fördern und bei den verschiedenen Arbeiten seine guten Dienste zur Verfügung zu stellen.

4 In unserer Funktion als Büro sind wir bestrebt, Information und Interessenvertretung verschiedenster Art zu erleichtern. Wir werden versuchen, möglichst viel über studentische Fragen und Angelegenheiten durch den SKOLAST und in den lokalen Zeitungen zu berichten.

Die Maturantenberatung, wie in den vergangenen Jahren in Form von Besuchen in den Maturaklassen Ende des Schuljahres und der Inskriptionsberatung im August, soll weitergeführt werden und ebenso die Mathematik-Ergänzungskurse in den klassischen Lyzeen.

Zu einem bestmöglichen Erfassen der studentischen Interessen habe ich vor, im Spätherbst einige Hochschulgruppen zu besuchen. Ich erwarte das, für notwendig, um einer weiteren Isolierung zwischen Mitgliedern und Vorstand vorzubeugen. Schon lange nämlich laufen Vorstand und Ausschuß Gefahr, zu unkontrolliert arbeiten zu können.

5. Das Programm des Kulturreferates erschöpft sich wegen der noch nicht definitiven Besetzung dieses Postens vorläufig noch in globalen Themenvorschlägen ohne daß bisher auf organisatorische Fragen genauer Rücksicht genommen werden konnte

Es sind dies:

- a) Volkskultur, Folklore, Volkskunde;

Promotionen

BELLUTTI Günther, Bozen	Sponsion zum Magister der Sozial- und Wirtschaftswissenschaften (Betriebswirtschaft) an der Hochschule für Welthandel Wien. Diplomarbeit: „Das absatzpolitische Instrument Kundendienst und die Bedeutung der Marktforschung für die Erstellung von Kundendienstleistungen.“
BERNARD Walter, Meran	Promotion zum Doktor-Ingenieur für Maschinenbau an der Universität Padua. Dissertationsthema: „Il metodo degli elementi finiti applicati a problemi del moto dei fluidi.“
CGRA Heinz, Brenner	Promotion zum Doktor der Rechtswissenschaften an der Universität Florenz. Dissertationsthema: „Die Ehescheidung im deutschen Recht — Entwicklung und Reformbestrebungen.“
BELLAGIACOMA Roland, Eppan	Promotion zum Doktor der Forstwissenschaften an der Universität Padua.
EDER Peter, St. Jakob/Ahrn	Promotion zum Doktor der Medizin an der Universität Innsbruck.
EGGER Lorenz, Villanders	Promotion zum Doktor der Rechtswissenschaften an der Universität Padua.
ENZ Hartmann, Steinhaus	Sponsion zum Magister der Pharmazie an der Universität Innsbruck.
FORER Theresia, Sand i. T.	Promotion zum Doktor der Pädagogik an der Universität Bologna.
FRÖTSCHER Albert, Wissen/Pölsch	Promotion zum Doktor der Rechtswissenschaften an der Universität Padua. Dissertationsthema: „Die mildernden und erschwerenden Umstände im österreichischen Strafrecht.“
GAMPER Arno, Bozen	Graduierung zum Diplom-Ingenieur für Architektur an der Technischen Hochschule Wien.
GLIERA Peter, Bozen	Promotion zum Doktor der Betriebswirtschaft an der Universität L. Bocconi Mailand. Dissertationsthema: „Konzernrecht in Deutschland.“
GUTWENIGER Heidi, Meran	Promotion zum Doktor der Biologie an der Universität Padua. Dissertationsthema: „Die Photochemie als Studiumsmethode für Mitochondrien-Membranen.“
HOFER Johann, St. Johann/Ahrn	Graduierung zum Diplom-Tierarzt an der Tierärztlichen Hochschule Wien.
HOLZER Christbae, Schlanders	Promotion zum Doktor der Modernen Sprachen an der Universität Mailand. Dissertationsthema: „Die Dialekte des Vinschgau.“
HOPIGARTNER Antonia, Lutlach	Promotion zum Doktor der Medizin an der Universität Innsbruck.
KERFER Mariene, Brixen	Promotion zum Doktor der Medizin an der Universität Innsbruck.
LEITGEB Paul, Gries	Promotion zum Doktor der Philosophie, Fachrichtung Physik, an der Universität Innsbruck. Dissertationsthema: „Untersuchungen zur Adsorption und Reduktion von Schwefel an Gold-Folien.“
LERCIER Raimund, St. Martin/Gries	Promotion zum Doktor der Philosophie, Fachrichtung Psychologie, an der Universität Innsbruck. Dissertationsthema: „Die Wechselschwirkung zwischen der Haltung zur Lehrperson und der Haltung zur Mathematik.“
LUNGER Christiane, Bozen	Promotion zum Doktor der Philosophie, Fachrichtung Germanistik, an der Universität Innsbruck. Dissertationsthema: „Die Novellen von Jeremias Gotthelf — Eine stilistische Untersuchung besonders anhand der Novelle ‚Hans Joggeli, der Erbverlierer‘.“
MAYR Agnes, Reischach	Promotion zum Doktor der Medizin an der Universität Innsbruck.

MOSER Florian, Glang	Graduierung zum Diplom-Ingenieur für Architektoren an der Technischen Hochschule Graz.
OBERMÜLLER Arnold, Kematen/Pfärsch	Sponsion zum Magister der Sozial- und Wirtschaftswissenschaften (Volkswirtschaft) an der Universität Innsbruck.
PREISS Wilhelm, St. Walburg/Ulten	Sponsion zum Magister der Sozial- und Wirtschaftswissenschaften (Handelwissenschaft) an der Hochschule für Welthandel Wien.
PSENNER Konrad, Barbian	Promotion zum Doktor der Medizin an der Universität Innsbruck.
PUTZ Viktoria, Bozen	Promotion zum Doktor der Philosophie, Fachrichtung Geschichte, an der Universität Innsbruck. Dissertationsthema: „Beamten-schematismus der drei oberösterreichischen Wäsen in den Jahren 1602–1619.“
RENZLER Alois Johann, Oberwasen	Graduierung zum Diplom-Ingenieur für Technische Chemie an der Technischen Hochschule Graz. Diplomarbeit: „Charakterisierung der sorteneigenen Eiweißstoffe in steierischen Weinen.“
RESCH Bernhard, Tiers	Sponsion zum Magister der Sozial- und Wirtschaftswissenschaften (Handelwissenschaften) an der Hochschule für Welthandel Wien.
RIFESSER Theodor, St. Ulrich	Sponsion zum Magister der Theologie an der Universität Innsbruck.
RIFESSER Gerhard, St. Christina	Sponsion zum Magister der Sozial- und Wirtschaftswissenschaften (Betriebswirtschaft) an der Hochschule für Welthandel Wien. Diplomarbeit: „Abklärung des Konzeptes mehrdimensionaler Organisationsstrukturen aus systemtheoretischen Überlegungen.“
SCHIEDLEREIT Georg, Meran	Promotion zum Doktor der Philosophie, Fachrichtung Politische Wissenschaften, an der Universität Salzburg.
SCHENK Hermann, Stemzing	Promotion zum Doktor der Literaturwissenschaften an der Universität Padua.
SCHÖNEGGER Josef, Gais	Sponsion zum Magister der Sozial- und Wirtschaftswissenschaften (Volkswirtschaft) an der Universität Innsbruck. Diplomarbeit: „Das landwirtschaftliche Schulwesen im Südtirol.“
SENONER Helmut, Wolkenstein	Promotion zum Doktor der Literaturwissenschaften an der Universität Padua. Dissertationsthema: „Probleme des Tourismus in Gröden.“
STAEFLER Franz, Bozen	Promotion zum Doktor der Wirtschafts- und Handelswissenschaften an der Universität L. Bocconi Mailand.
TIEBISCHER Wolfram, Bruneck	Sponsion zum Magister der Sozial- und Wirtschaftswissenschaften (Betriebswirtschaft) an der Hochschule für Welthandel Wien.
TOGGENBURG Johannes, Bozen	Promotion zum Doktor der Medizin an der Universität Innsbruck.
v. UNTERRICHTER Elisabeth, Brixen	Promotion zum Doktor der Rechtswissenschaften an der Universität Augsburg. Dissertationsthema: „Familienrecht und Gleichberechtigung — die Reform des italienischen Familienrechtes.“
UNTERTHINER Josef, Latschens	Promotion zum Doktor der Philosophie, Fachrichtung Geschichte, an der Universität Innsbruck.
VANTSCH Josef, Vinschg	Promotion zum Doktor der Rechtswissenschaften an der Universität Innsbruck.
WALLY Oswald, Kallern	Promotion zum Doktor der Agrarwissenschaften an der Universität Piacenza.
WIELANDER Gertrud, Schlanders	Promotion zum Doktor der Philosophie, Fachrichtung Philosophie an der Universität Innsbruck.
WUNDERER Otto, Prad	Promotion zum Doktor der Philosophie, Fachrichtung Geschichte, an der Universität Wien. Dissertationsthema: „Der italienische Faschismus in der Analyse der Österr. Sozialdemokratischen Partei: 1922–1933.“



Drucksachen.
Bei uns sind sie das Produkt guter Zusammenarbeit.
Für schönes Gestalten
haben wir eine Schwäche, und das ist unsere
Stärke.

Offset, Buchdruck, Fotosatz
Ferrari-Auer, Zentrum Bozen, Wolkensteingasse 4
(Nähe Dominikanerplatz)
Tel. (0471) 215 47 - 215 82

NB: Vom »skolast« zur Visitenkarte,
vom Farbprospekt zum Plakat — wir drucken alles!

skolast

Südtiroler Hochschülerzeitschrift

Herausgeber und Verwaltung:
Südtiroler Hochschülerschaft,
39100 Bozen, Waltherhaus, Tel. 2 46 14

Redaktion: SEPP KUSSTATSCHER
Verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes: WALTER FILL

Druck: Ferrari-Auer, Bozen

Skolast, 4—6 Hefte im Jahr Einzelpreis Lire 300
Abonnement: Italien Lire 1500
 Österreich öS 70
 Deutschland DM 12

Italien: Postsparkasse Konto Nr. 14/1177, Bozen
Österreich: Creditanstalt - Bankverein Innsbruck, Konto Nr. 89-64371
Deutschland: Bayerische Staatsbank, München, Konto Nr. 94-098

Die Artikel geben die Meinung der Autoren wieder,
Eintragung: Landesgericht Bozen R. St. I/56, Erlaß vom 18. Juni 1956
Spedizione in abbonamento postale - Gruppo IV, 70%.
